

# Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 24  
35. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,  
11. Juni 1927

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Verkaufspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. In Bezugs durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Aulier, Berlin  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Max-Schallowschen Platz 2  
Berneuf: Moritzplatz, 147 19, 147 20

Der Preis der Jahressubskription beträgt für die ferngeschickte Monatszeitschrift oder deren Raum 1,50 Mark. / Für Arbeitervermittlungen 75 Pfennig. / Für Verbandsanzeigen 50 Pfennig für die Zeile.

## Dem Verbandstage zum Gruß!

Am historischen Stätte tritt am 12. Juni der 15. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zusammen. Frankfurt, die große Handelsstadt am Main, die Brücke zwischen Nord und Süd, ist eine der ältesten deutschen Kulturzentren. Die Mauern Frankfurts waren während des Mittelalters gar oft Zeugen höfischen Prunks, war es doch die Stadt, in der Jahrhunderte hindurch die deutschen Kaiser gewählt und gekrönt wurden. Als des Reiches Herrlichkeit versunken war, wurde nach den napoleonischen Kriegen Frankfurt der Sitz des deutschen Bundestages unrühmlichen Andenkens. Zu Frankfurt am Main in der Paulskirche tagte auch im Jahre 1848 das erste deutsche Parlament, das so viele Hoffnung unerfüllt ließ.

Neben den vielen historischen Erinnerungen, die wach werden, wenn der Name unserer Kongressstadt genannt wird, sei auch die Tatsache erwähnt, daß Frankfurt in der Geschichte der deutschen Holzarbeiterbewegung eine nicht unwichtige Rolle spielt. Hier fand vor 51 Jahren, im Juni 1876, der Kongress statt, auf welchem durch die Verschmelzung der rivalisierenden Tischlerverbände lassalleianischer und Eisenacher Richtung der „Bund der Tischler und verwandten Berufsgenossen“ ins Leben gerufen wurde. Er fiel zwei Jahre später dem Sozialistengesetz zum Opfer, welches der gesamten im Aufblühen begriffenen Gewerkschaftsbewegung den Garaus machte.

Im Jahre 1883 ließ Karl Kloss von Stuttgart aus den Ruf zur Gründung einer neuen Zentralorganisation der Tischler erschallen. Der Ruf fand ein freudiges Echo, und im Oktober jenes Jahres fand in Frankfurt eine Konferenz statt, auf welcher im engeren Kreise alle Vorbereitungen für die Gründung der Organisation getroffen wurden. Auf dem Tischlerkongress im benachbarten Mainz, zu Weihnachten 1883, wurde die Gründung, über die man sich in Frankfurt geeinigt hatte, auch formell beschlossen. Der so ins Leben gerufene Tischlerverband ist der direkte Vorläufer unseres Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Seither haben noch zwei Reichskonferenzen des Verbandes, die zu bestimmten Fragen Stellung zu nehmen hatten, in Frankfurt getagt, im Juli 1918 und im Juni 1924. Nun gekrönt Frankfurt die Ehre, einen Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu beherbergen.

Die Periode im Verbandsleben, über die dem 15. Verbandstag berichtet werden wird, war im ganzen wenig erfreulich. Die Hoffnung auf eine gewisse Stetigkeit in der Entwicklung des Wirtschaftslebens, unter deren Eindruck der Stuttgarter Verbandstag seine Beschlüsse gefaßt hat, hat getrogen. Es kam eine lang anhaltende Zeit gewaltiger Arbeitslosigkeit, unter welcher der Verband wie seine Mitglieder schwer gelitten haben. Die Unterstützung der arbeitslosen Mitglieder hat außerordentliche Anforderungen an die Verbandskasse gestellt; diese hat aber dem Ansturm standgehalten. Heute können wir mit Befriedigung feststellen, daß die dadurch hervorgerufene Finanzkrise überwunden wurde und der Verband wieder zu Kräften gekommen ist.

Als einen großen moralischen Erfolg können wir die Tatsache buchen, daß die Unternehmer die schwerste Zeit, die unser Verband durchgemacht hat, nur in verhältnismäßig bescheidenem Maße ausgenutzt haben, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Soweit das geschehen ist, wurde es inzwischen wettgemacht. Die neuen Lohnabkommen im Holzgewerbe knüpfen an die alten an, die zu Beginn des Jahres 1926 abgelaufen waren. Bei den Verhandlungen gelang es, zu erreichen, daß da, wo die Löhne in der vertragslosen Zeit abgebaut waren, die Differenz ausgeglichen wurde, und über die alten Löhne hinaus mußten Zulagen gewährt werden.

Der Verband konnte in der schweren Zeit die gewonnenen Mitglieder nicht in vollem Umfang halten. Der Jubel der Gegner über unseren Mitgliederrückgang

war aber verfrüht. Die Mitgliederzahl beginnt sich wieder nach aufwärts zu entwickeln. Die nachhaltige Werbetätigkeit, die eingesetzt hat, wird dazu beitragen, daß der frühere Stand nicht nur erreicht, sondern bald auch überschritten sein wird.

Unsere Frühjahrslohnbewegung kann für die größte Gruppe unserer Verbandsmitglieder nach dem Abschluß des Mantelvertrages für das Holzgewerbe und dem dazugehörigen Lohnabkommen im wesentlichen als abgeschlossen gelten. Dadurch erhält der Verband freie Hand, auch in den übrigen Berufszweigen, in denen die Arbeitsbedingungen noch rückständig waren, nachzugreifen. Auch diese Bewegungen versprechen gute Erfolge. Dem Verbandstage wird berichtet werden können, daß es nach Überwindung äußerst schwerer Zeiten nun wieder rüstig vorwärtsgeht.

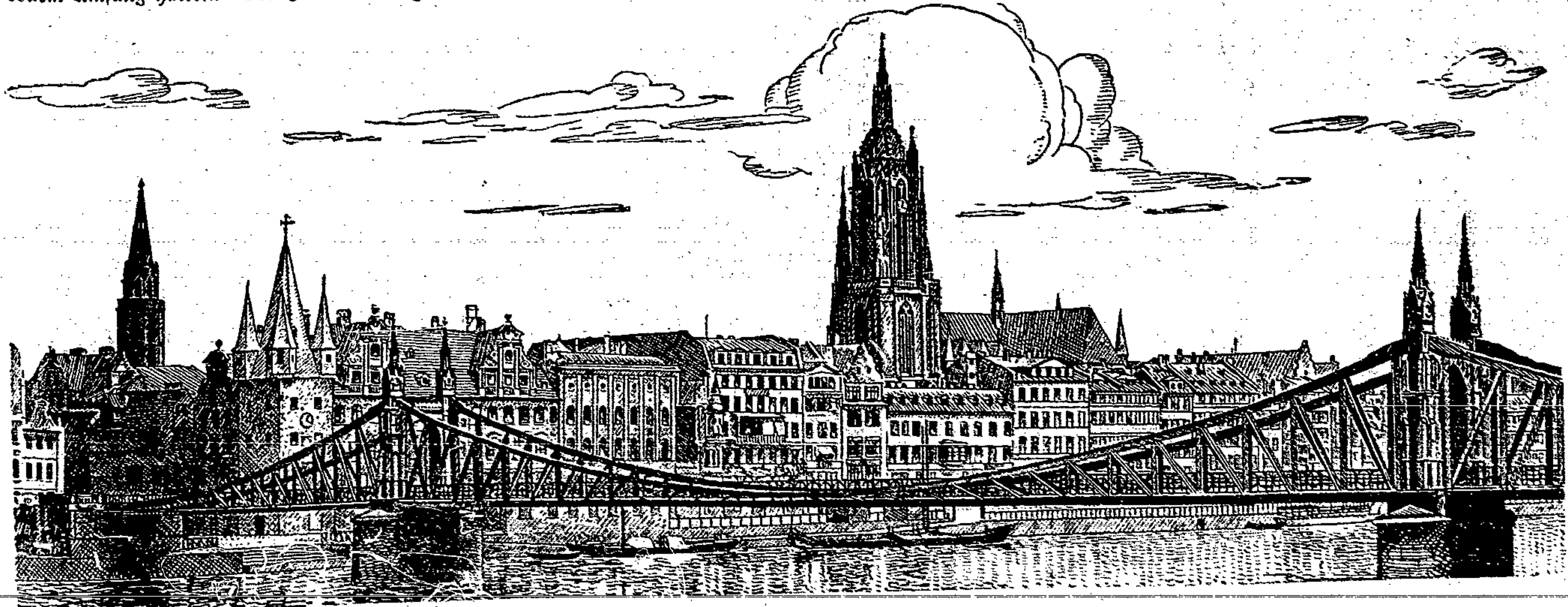
Der Verbandstag in Frankfurt wird sich mit dem weiteren Ausbau des Verbandes beschäftigen. Die Vorlage des Verbandsvorstandes, die sich auf die Umgestaltung des Beitragswesens bezieht, ist ein Ausfluß der Bestrebungen, die darauf abzielen, die Einrichtungen der im ADGB zusammengeschlossenen Verbände zu vereinheitlichen. Das Hauptstück dieser Reform besteht darin, daß auf den Beitragsmarken kenntlich gemacht werden soll, wie der von dem Mitglied geleistete Beitrag zwischen Haupt- und Lokalkasse geteilt wird. Bei diesem Vorschlag handelt es sich aber um mehr als nur eine gleichgültige Maßnahme der inneren Verwaltung. Von verschiedenen Seiten sind beachtenswerte Einwände gegen den Vorschlag erhoben worden. Der Verbandstag wird das Für und Wider sorgfältig prüfen.

Mit dem Entwurf über die Einführung der Invalidenunterstützung kommt der Verbandsvorstand einem ihm vom vorigen Verbandstag erteilten Auftrag nach. Bei der Einrichtung unseres Beitragswesens ist eine direkte Beitragserhöhung zur Beschaffung der Mittel für die Invalidenunterstützung nicht möglich. Die Mittel sollen durch eine entsprechende Kürzung der übrigen Unterstützungen gewonnen werden. Damit bleibt den Mitgliedern die Wahl, entweder mit den ermäßigten Unterstützungen vorliebzunehmen oder sich durch Übertritt in eine höhere Beitragsklasse die Unterstützungen in der seitherigen Höhe zu sichern.

Der Verbandstag wird sich aber nicht nur mit inneren Verwaltungsangelegenheiten beschäftigen. Die Tagesordnung sieht auch Vorträge von Prof. Dr. Singheimer über das Arbeitsrecht und die Arbeiterbewegung und von Prof. Dr. Kölling über die Lohnfrage im Lichte der neuen Wirtschaftsentwicklung vor, die den Blick der Delegierten auf größere Probleme lenken werden. Der Name der vorgesehenen Referenten bürgt dafür, daß die Hörer aus den Vorträgen reiche Belehrung schöpfen.

Die Stellungnahme zum nächsten Gewerkschaftskongress und zum Internationalen Holzarbeiterkongress dürfte die Zeit des Verbandstages nicht sehr stark in Anspruch nehmen. Es darf erwartet werden, daß auch für die Beratung der Anträge, worauf viele Mitglieder großen Wert legen, genügend Zeit bleibt. Bei der Fülle der Anträge ist eine scharfe Siebung unvermeidlich. Nicht alle Blütenräume werden reifen, die sich zu Anträgen an den Verbandstag verdichtet haben.

Der Verbandstag wird sowohl die Anträge wie alle Fragen, die seiner Entscheidung unterbreitet werden, unter dem Gesichtspunkt prüfen, wie das Wohl des Verbandes und seiner Mitglieder am besten gefördert wird. Das ist der Sinn des Mandats, das die Mitglieder ihren Delegierten übertragen haben. Die Kollegenschaft erwartet, daß der Verbandstag gute Arbeit leistet, und die Delegierten werden es sich angelegen sein lassen, die Erwartungen ihrer Auftraggeber zu rechtfertigen. In diesem Sinne begrüßen wir das Parlament der deutschen Holzarbeiter.



# Willkommen in Frankfurt!

## Frankfurt einst und jetzt.

Von Hermann Wendel.

Auf dem Boden, den Frankfurt heute bedeckt, sind bis in die Steinzeit, bis in das dritte Jahrtausend vor Beginn unserer Zeitrechnung menschliche Siedlungsspuren nachweisbar. In geschichtlicher Zeit strickten Kelten und Germanen ihre Fischwege am Ufer des Mainflusses, bis eifentüchtig die römischen Legionen hier ihre Kastelle aufrichteten und Frankfurt zu einem Brückenkopf ihres durchdrachten Landesvertheidigungssystems machten. Ihnen nach folgte die Alemannen und Franken, und 794 war „die Frankenfurt“ schon so bedeutend, daß Kaiser Karl hier eine wichtige Kirchenversammlung abhalten konnte. Im neunten Jahrhundert Regierungsjahr des ostfränkischen Reichs, trit Frankfurt 1152 zum erstenmal als Wahlstadt auf, da in seinen Mauern Friedrich I., genannt Rotbart, zum König erkoron wurde. Durch die „Goldene Bulle“ wurde 1356 verordnet und versiegelt, daß das Oberhaupt Deutschlands zu Frankfurt aus der Wahl der Kurfürsten hervorzugehen habe, und in der Tat sind bis zum Ende des Heiligen römischen Reichs teuflicher Nation mit ganz wenigen Ausnahmen alle Könige und Kaiser in der Mainstadt gewählt und auch gekrönt worden. Frankfurts größter Sohn, Goethe, hat in „Dichtung und Wahrheit“ den altertümlichen Pomp einer solchen Kaiserkrönung anschaulich beschrieben.

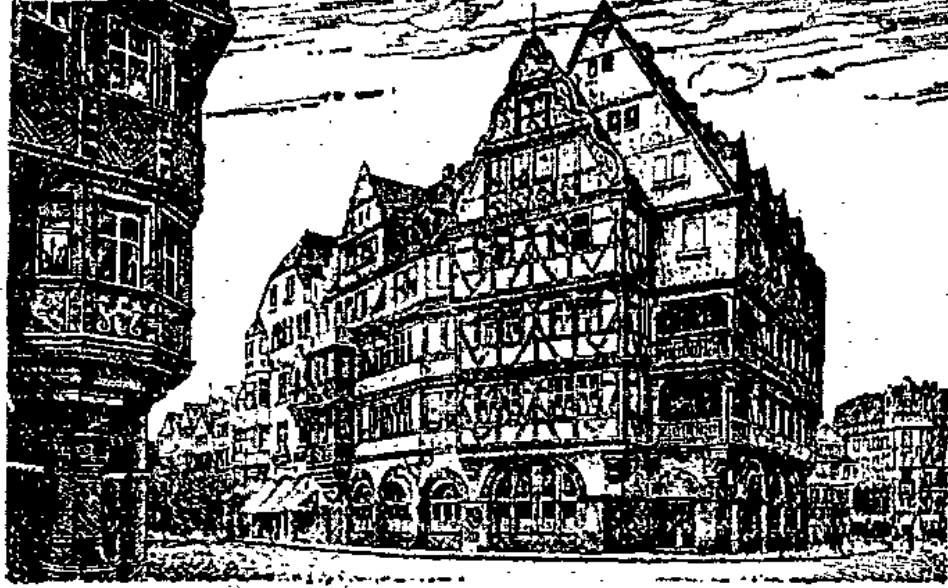
Aber mehr ruhte Frankfurts Bedeutung darin, daß es, 1180 zum erstenmal als solche erwähnt, eine Reichsstadt war, keine Stadtgemeinde also, sondern ein nur der Zentralgewalt untergeordnetes Staatswesen, dessen Behörden, Rat oder Senat, allezeit auf ihre Souveränität eifersüchtig bedacht blieben. Als sich die Springslut der Französischen Revolution über Deutschland ergoß, ver wandelte sich die Stadt zwar in die Residenz eines der von Napoleon abhängigen Rheinbundstaaten, des Großherzogtums Frankfurt, aber 1815 nahm sie, nunmehr als Freie Stadt, da an Stelle des Reichs der Deutsche Bund getreten war, ihren früheren Rang wieder ein. Erst die Ereignisse des Jahres 1866 bereiteten ihrer mehr oder minder eingebildeten Selbstständigkeit ein Ende und machten aus ihr eine preussische Provinzstadt.

Auf dem Boden der Reichsstadt gedieh eine reiche bürgerliche Kultur schon zu einer Zeit, da in Ostelbien noch Elch und Auerochs durch Urwälder schoben. 1239 wurde der Grundstein zum Dom gelegt, 1288 das alte Rathaus errichtet, 1390 mit der Straßenpflasterung begonnen, 1607 die erste Wasserleitung gebaut, und im vierzehnten Jahrhundert zählte die Stadtbefestigung mit Zinne, Wall und Graben nicht weniger als 55 Tore und Türme.

Die Einkapselung in einer so winzigen Staatspiel-schachtel bedeutete jedoch in vielem Stillstand und Erstarrung. Am Schnittpunkt mehrerer wichtiger Handelsstraßen gelegen, war Frankfurt der gegebene Stapel- und Umschlagplatz, und schon ehe sie 1227 die erste urkundliche Erwähnung finden, hatten seine zweimal im Jahr stattfindenden Messen europäische Ruf. Der Warenhandel begründete die Wirtschaftsbüthe der Stadt, bis er im neunzehnten Jahrhundert allgemach vom Geldhandel in den Hintergrund gedrängt wurde, aber so oder so, Kommerz, nicht Industrie, Vermittlung, nicht Erzeugung war für ihre ökonomische Struktur wesentlich. Was sie selbst brauchte, verfertigte ein Kleinhandwerk, das, nur um „Nahrungszug“ besorgt, sich ängstlicher noch als anderwärts hinter

Baumauern absperrte. Zunftbrauch, Zunftregel, Zunftzwang hinten und vorn. Da es Großhandel und Kleingewerbe gleichermaßen am Herzen lag, das Industriekapital fernzuhalten, gelang wirklich bis zum Ende der freistädtischen Herrlichkeit die Abschließung gegen die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Zeit; der Jahrzehnte währende erbitterte Kampf um die Gewerbefreiheit wurde erst durch den Einmarsch der Preußen 1866 im Sinne des neunzehnten Jahrhunderts entschieden.

Der wirtschaftlichen Zurückgebliebenheit entsprach das politische Glend des Weltginstardes. Wenn er sich die große Händel der Welt hindurchzuwinden suchte, indem er unverbrochen auf beiden Achseln trug und sein Mäntelchen nach jedem Winde drehte, hielt er sich im Innern



Domstraße

durch ein desto strammeres Regiment schadlos. Das Heft in der Hand hatten die patrizischen Geschlechter, und als herrschende Schicht fühlten sich auch die Bollbürger, während Permissivisten, Nachbarn, Weisassen und Juden in den Pserch der Rechtslosigkeit gesperrt waren. Die Wandlungen in der Richtung zur bürgerlichen Freiheit waren kaum merklich, denn was immer von weltgeschichtlichen Begebenheiten die Stadt ergriff: der Bauernkrieg im sechzehnten, der Fetta-milchkaufstand zu Beginn des siebzehnten und die Französische Revolution zu Ende des achtzehnten Jahrhunderts, Frankfurt schüttelte sich wie ein Pudel, der dem Bad entsteigt, und alles war wieder wie vorher. Im Zeichen der Restauration nach 1815 wurde die peinliche Halsgerichtsordnung Karls V. wieder zur Grundlage der Frankfurter Justiz, und nach dem Vercheben der Revolution von 1848 sah ein Strafgesetzentwurf für manche Vergehen noch fünfzig Stockprügel vor; die Leibeigenschaft wurde in den zur Stadt gehörenden liebeneinhalb Dörfern erst 1818 aufgehoben, und die volle Gleichberechtigung erhielten die Juden erst 1863!

Daß Preußen 1866 die Freie Stadt, ohne mit ihr im Krieg zu liegen, bedenkenlos in seinen geräumigen Schnapp-sack steckte, war ein durch nichts zu rechtfertigender Ausfluß roher Gewalt und vollzog sich zudem unter so barbarischen Formen, daß es den wenigen noch lebenden Augenzeugen jener Geschehnisse in der Erinnerung bis heute kalt über den Rücken läuft. Gleichwohl zerbrach die Eingliederung in einen großen Staat das Schnedenhaus, in dem Frankfurt bisher dahingedämmert war. Seiner günstigen Lage, die es zu einer Brücke zwischen Nord und Süd, zu einem Dolmetsch zwischen West und Ost macht, ward es jetzt erst wirklich froh und erlebte eine wirtschaftliche Entfaltung, die sich nicht zuletzt im Wachstum seiner Bevölkerung ausdrückt. Um 1500 zählte Frankfurt 10 000 Einwohner, um 1700 23 000, um 1800 30 000 und 1858 erst 68 000, aber 1880 waren es 137 000, 1910 414 000 und 1921 471 000, die es der Größe nach an die neunte Stelle unter den deutschen Städten rückten. Die Metall-, Leder- und chemische Industrie errichteten gewaltige Bollwerke in Frankfurt, ganze große Industrieviertel entstanden, ja, die Stadt wurde nach einem Wort Alfons Baquets zum „Kern jener neuen Industrielandschaft, die sich von Gustavsburg bis Hanau erstreckt“.

Mit der Zusammenballung starker Arbeitermassen in ihren Mauern wuchs der Stadt auch ein ganz anderer politischer und sozialer Nerv als in der geruhigeren Vergangenheit, der Handelsherr und Handwerksmeister das Gepräge gegeben hatten. Was Frankfurt an bürgerlich-revolutionärer Überlieferung aufweist, wie etwa den Wachensturm von 1833 oder die deutsche National-versammlung von 1848, war nicht organischer mit seinem Wesen verbunden als der in seiner Eichenheimer Gasse residierende deutsche Bundestag. Aber wenn heute die moderne Arbeiterbewegung in dem Großstadt-rhythmus Frankfurts mächtig mitklingt, kann sie auf eine natürliche Tradition zurückblicken. Denn hier erhob am 17. und 19. Mai 1863 Ferdinand Lassalle das Banner der Sozialdemokratie in zwei historischen Versammlungs-reden, die als „Arbeiterlehre“ im Druck erschienen sind; des älteren erklärte er später, daß sich die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Frankfurt ent-schieden habe. Und der erste Präsident dieser Organisation nach Lassalle, Jean Baptist von Schweizer, wurde in Frankfurt geboren und liegt auf seinem Friedhof begraben.

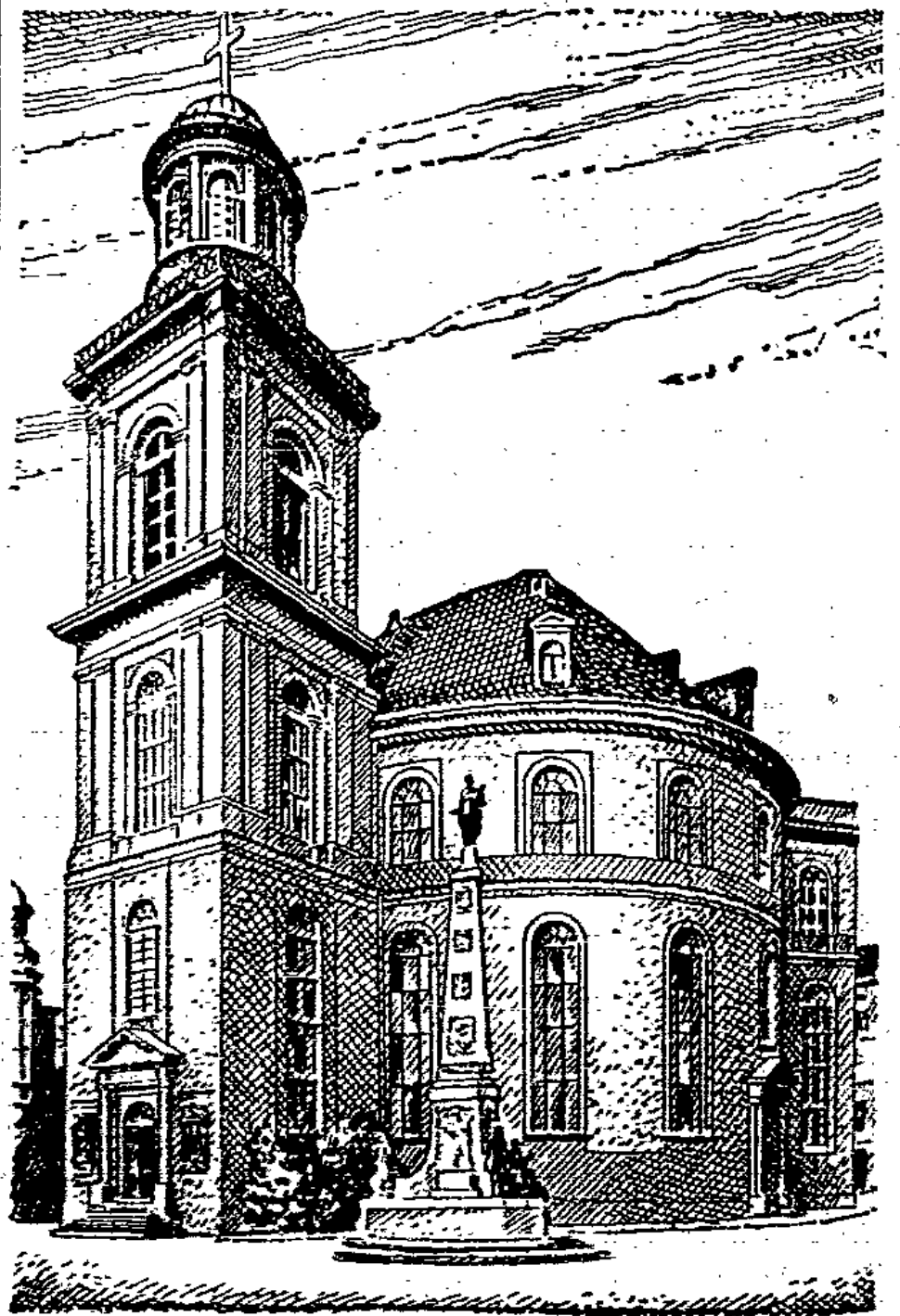
Wenn immer denn Arbeiter zum Raten und Laten in der alten Mainstadt zusammenkamen — 1894 Sozialdemo-kratrischer Parteitag, 1925 Internationale Arbeiter-Olympiade, wach ein Weg! —, stets fühlten sie im proletarischen Frank-furt das eine: daß sie hier zu Hause waren.

## Die Frankfurter Arbeiterbewegung.

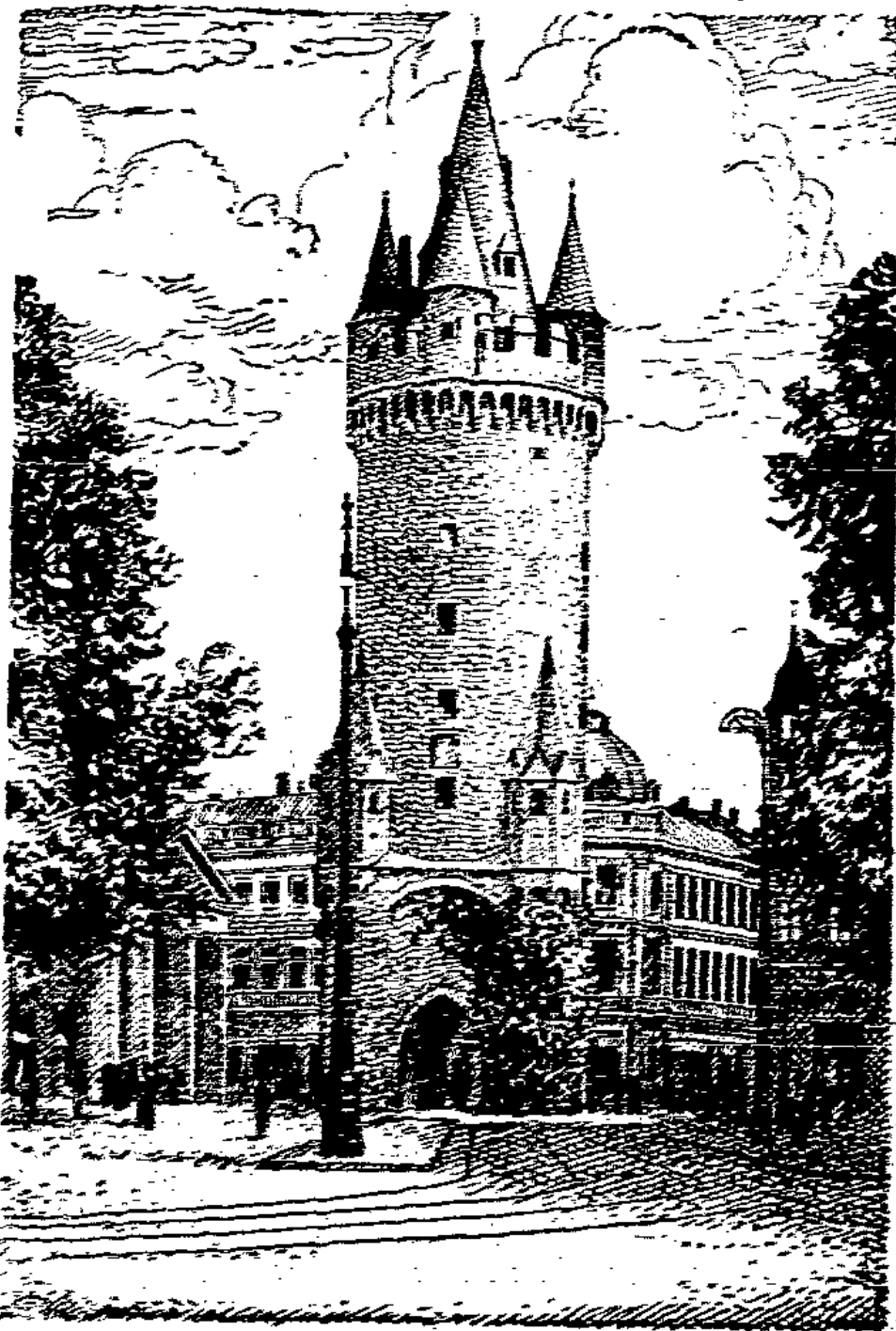
Von Max Quard.

Wie überall, so hat sich die Frankfurter Arbeiterbewegung in langen Perioden und mühevoll aus dem Rabitalismus des Bürgertums losgerungen, der von der großen Französischen Revolution geboren war und durch die Ausbreitung kapitalistischer Elemente in der Wirtschaftsentwicklung begünstigt wurde. Man kann etwa vier Perioden für ihre Entwicklung unterscheiden. Zuerst diejenige bis zum Jahre 1848/49, die der Frühkapitalismus charakterisiert; dann die Bewegung der Arbeiterbildungsvereine, die im Maingau einen ihrer Hauptsitze hatten, mit der Lassalleschen Bewegung als Gegenspielerin. Daraus kristallisierte sich die sozialdemo-kratrische Bewegung von 1869 bzw. 1875 ab, mit dem Sozialistengesetz als reaktionärem Zwischenspiel und der Entfaltung der Gewerkschaften vom Jahre 1890 an bis zum Weltkrieg. Die vierte und letzte Periode umfaßt die Nach-riegszeit und ist heute noch nicht abgeschlossen. Ihr Mittel-punkt, die Stadt Frankfurt a. M., ist in den ersten Perioden stark durchsetzt mit künstlerischen Elementen und Handels-angestellten, die der sozialistischen Organisation besondere Schwierigkeiten bieten. Von der Stadtverwaltung werden lange Zeit größere Fabrikbetriebe künstlich ferngehalten; daher die Entstehung von Fabrikstädten in der nächsten Umgegend von Frankfurt a. M. Erst am Ende des neun-zehnten Jahrhunderts überwogen die proletarischen Elemente in der Bewegung. Das gibt der Geschichte der Frankfurter Arbeiterbewegung ihr eigentümliches Gepräge.

Sicher haben im Vormärz Frankfurter Handwerksge-sellen Kenntnis vom Weitlingschen Kommunismus aus der Schweiz eingeführt. Sodann faßte die freireligiöse Reform-bewegung schon in der Mitte der vierziger Jahre außer bei den Intellektuellen namentlich auch bei den Handwerks-ge-sellen Fuß. — Durch solche Kräfte und die Turnerbewegung dazu wurde die Opposition gegen das bundestägliche Polizeiregime, das besondere Pöhlpladereien und Zensur schwer auf den reisenden Handwerksge-sellen lastete, geweckt und geschärft. Aus der allgemeinen Volksbewegung des Revolutionsjahres 1848, die schon in den ersten Tagen des März in Frankfurt losbrach, schälte sich allmählich die erste Frankfurter Arbeiterbewegung heraus. Die Leitung der ersten Frankfurter Arbeiterorganisation war eine Mischung von Gewerkschaften und politischen Elementen; in der Haupt-sache bestand sie aus Vertretern der einzelnen Gewerke, der Schmiede, der Sattler usw. Das Frankfurter Bürgertum ließ sofort die stärksten Kanonen gegen diese Märzerrungen-schaft auffahren. Der Verein und die von ihm heraus-gegebene „Arbeiterzeitung“ hielten sich sehr verständig, beanspruchten nur eine angemessene Vertretung der Arbeiter im Staate und traten für Abkürzung der übermäßigen Arbeitszeit und entsprechende Erhöhung des Lohnes ein. Die Frankfurter Bourgeoisie hatte jedoch noch nicht das geringste Verständnis für diese Arbeiterforderungen. Sie sah mit Befrieden, daß die Bauarbeiter und Bäcker, übrige gegen die Anordnungen des Arbeitervereins, zum schlecht organisierten Streit griffen, und bestürmten die Staats-polizei in einer Petition, die von Hunderten von Unter-schriften rasch bedeckt wurde, um Schutz. Prompt gehorchten die Behörden und wiesen die Führer des Arbeitervereins, Pelz und Eselen, aus Frankfurt aus. Sie löschten damit



Domkirche



Eichenheimer Turm

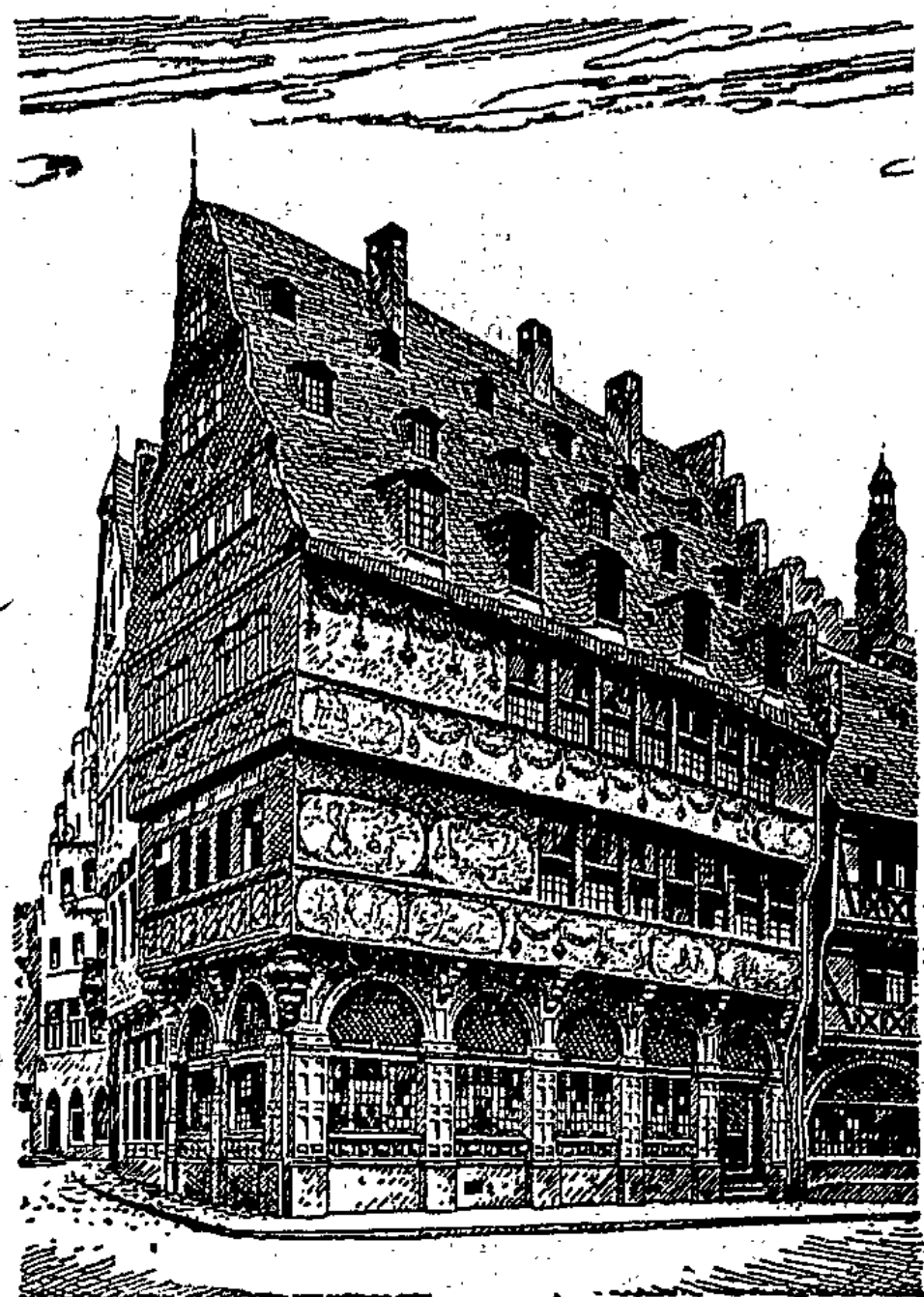
das Lebenslicht des Vereins und der Zeitung aus, die nur in fünf Nummern erschienen war und außerordentlich besonnenen Artikel zur sozialen Frage gebracht hatte. Der Gedanke einer Klassenorganisation war noch nicht tief genug in die Frankfurter Arbeiterwelt eingedrungen, als daß sie ihn auch ohne die ausgewiesenen Führer festgehalten hätte.

Im August des Sturmjahres sammelte der konservative Sozialpolitiker Winkelbley einige Handwerksgehilfen um sich, mit denen er als „Frankfurter Arbeiterkomitee“ dem Meisterkongreß ein Paroli zu bieten suchte. Diese Organisation zerfiel jedoch sehr bald. Auch die Arbeiterverbildung von Stephan Born in Leipzig hat keinen merklichen Rückhalt in Frankfurt gefunden. 1850 wurden alle Arbeitervereine in Deutschland endgültig verboten. Ein Frankfurter Arbeiterverein, der sich offenbar neu konstituiert und sich in das Jahr 1851 hineingerettet hatte, stand unter wesentlich demokratischem Einfluß und verfiel der Spitzelerei. Von da an verliert sich einweilen jede Spur einer besonderen Arbeiterorganisation in Frankfurt a. M.

Erst der Anfang der sechziger Jahre erlebt wieder eine Belebung der Arbeiterbewegung durch die demokratisch-liberalen Arbeiterbildungsvereine, die im Maingau wie in Sachsen, Bayern usw. gegründet wurden, seitdem Preußen in der neuen Ära die Zügel etwas lockere ließ. Der Naturwissenschaftler Dr. Rothmüller war das Bindeglied zwischen der alten 1848er und der neuen Bewegung. Aus einem Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung war er nach ihrer Sprengung in Stuttgart und infolge seiner Maßregelung durch die sächsische Regierung zum Wanderredner und Volksbildungslehrer geworden, der sich schließlich in Leipzig den Vöbel-Liebnechtischen Bildungsvereinen lebhaft angeschlossen und mit Vöbel gegen Ferdinand Lassalle und den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein kämpfte. Im Maingau standen Dr. Ludwig Büchner in Darmstadt und Leopold Sonnemann in Frankfurt in demselben Lager. Der Frankfurter Arbeiterbildungsverein, der anfangs im Gefolge des Nationalvereins marschierte und die „Deutsche Arbeiterzeitung“ in Koburg mit den Sachsen gemeinsam als Organ benutzte, vereinigte die nach irgendeiner besonderen Organisationsform strebenden Arbeiter und veranstaltete die lokalen Arbeitertagungen, die in und um Frankfurt abgehalten wurden. Sein Programm bestand jedoch im dünnsten Aufguß einer zähen Sozialreform, bis sich im Frühjahr 1863 die Lassalle'sche Bewegung auch hier meldete. Aus den Reihen des Frankfurter Bildungsvereins heraus entstanden aber auch die Anhänger für den großen Arbeiteragitator. Auf einer Versammlung der Arbeiter des Maingaues vom 19. April gelang es diesen Anhängern durch einen Kühnen Streich, einen geplanten Beschluß gegen Lassalle zu verhindern und seine Einladung nach Frankfurt durchzusetzen, wo er selbst zu den Arbeitern sprechen sollte. Diese berühmte Versammlung fand am 17. Mai statt und führte in ihrer Fortsetzung am 19. Mai zur Gründung der ersten Frankfurter Gemeinde des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Die Frankfurter Rede Lassalles ist als „Arbeiterlesebuch“ weithin bekanntgeworden. Nach ihr verließen etwa 40 Arbeiterbildungsvereine mit einem Hoch auf Schütz-Delitzsch den Saal. 400 Teilnehmer stimmten für Lassalle. Die Versammlung fand in dem heute noch vorhandenen großen Saal des Saalbauers statt, die Fortsetzung in einer inzwischen verschwundenen kleineren Räumlichkeit in der heutigen Goethestraße (Ede Rothoffstraße). Sofort nach dem Frankfurter Sieg wurde in Leipzig der Allgemeine deutsche Arbeiterverein in Anwesenheit von Lassalle gegründet. Lassalle ist dann vom 2. bis 6. Juli 1864 kurz vor seinem Tode nochmals in Frankfurt gewesen und hat am 3. Juli in der Frankfurter Vereinsversammlung gesprochen. Über die Rede Lassalles berichtet Berhard Veder: „Bon Düsseldorf kam er am 2. Juli nach Frankfurt a. M., wo er tags darauf im Vereinslokale (im Gasthof „Zum Rebstock“) eine ausgezeichnete Rede hielt, in welcher er unter anderem auch die Schleswig-holsteinische Frage behandelte. ... Nachdem er in Frankfurt von 700 Arbeitern am 4. Juli ein Ständchen dargebracht erhalten hatte, reiste er über die Pfalz in die Schweiz. Dort fiel er dann im Duell, so daß die Frankfurter Guldigung die letzte war, die deutsche Arbeiter ihrem heiß verehrten Führer dargebracht hatten.“

Ende der 60er Jahre sammelte die im Gegensatz zu den Lassalleanern gegründete Sozialdemokratische Partei auch in Frankfurt ihre Anhänger, zum Teil die eifrigsten Lassalleaner von früher. Das Sozialistengesetz mit seinen beispiellosen Verfolgungen trug ein übriges dazu bei, die Genossen zusammenzuhämmern. Bei der Wahl von 1884 siegte zum ersten Male

der ehemalige Lehrer Genosse Adolf Sabor, der Sonnemann von der „Frankfurter Zeitung“ schlug. Von gewerkschaftlicher Organisation war unter dem Sozialistengesetz natürlich kaum noch die Rede. Das Ausnahmegesetz zeitigte eine Reihe weithin bekanntgewordener Ständevorgänge. Die Frankfurter „Friedhofsäbeler“ vom 22. Juli 1885, bei der Polizeikommissar Meyer eine so unrühmliche und brutale Rolle spielte, daß er später zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, sollte bereits eine Gelegenheit zur Proklamation des Kleinen Belagerungsstandes herbeiführen, der dann am 19. Dezember 1886 tatsächlich über Frankfurt verhängt wurde. Und wenige Tage nach dieser herrlichen Weihnachtsbotschaft folgte dann die praktische Ausführung der Bismarckschen Blut- und Eisenpolitik: eine große Anzahl Genossen, darunter viele Familienväter, wurden wegen Geheimbündelei in Anklagezustand versetzt, und am Heiligen Abend zwischen 5 und 6 Uhr, als sämtliche Glocken das Fest einläuteten, trugen Schulleute die Vorladung zu den für die Ausweisung Ausgesuchten. Die geheime Rolportage des



Altes Haus am Römer

Züricher „Sozialdemokraten“ verband während des zwölfjährigen Ausnahmegesetzes die Frankfurter Mitgliedschaft. Der damalige Frankfurter Oberbürgermeister Miquel hatte aus seiner studentischen Kommunitätzeit so viel anfängliche Gefinnung bewahrt, daß er ohne Wissen der Öffentlichkeit manchem Opfer des Sozialistengesetzes durch Unterstützungen das Schlimmste überstehen half. ...

Mit dem Wegfall des Sozialistengesetzes begann eine neue und schönere Blüte der Frankfurter Arbeiterbewegung. Allmählich bauten sich die Gewerkschaften, zuerst in kleinen Lokalvereinen, dann in größeren Verbänden, auf. 1893 entstand das Frankfurter Gewerkschaftsstartell und wies mit den Jahren ständig steigende Zahlen für die Organisationen aller Branchen auf. Es schritt 1898 zur Gründung eines Arbeitersekretariats und 1900 zur Eröffnung des Gewerkschaftshauses, zu dem der Arbeiterbewegung freundlich gegenüberstehende bürgerliche Elemente die Mittel vorschoffen. Die Partei hatte sich seit 1889 ein eigenes Blatt in der „Volksstimme“ geschaffen. Der erste und bisher einzige Kongreß der sozialdemokratischen Gesamtpartei, der hier abgehalten wurde, fand im Oktober 1894 statt und beschloß unter anderem die Einsetzung einer agrarischen Studientkommission. Ihm folgte im Jahre 1899 der deutsche Gewerkschaftskongreß, der die Zentralisation in Berufsverbänden bekräftigte und sich sympathisch für städtische Arbeitsnachweise und Gewerbeinspektion aussprach, zwei Gegenstände, die hier fortgesetzt die Gewerkschaften lebhaft praktisch beschäftigten. Mit dem Jahre 1901 eroberte sich die Arbeiterbewegung das Rathaus durch den ersten „roten Secht“, dem allmählich weitere Arbeitervertreter folgten. Im Reichstagsmandate folgte Genosse Wilhelm Schmidt dem ausscheidenden Sabor, dann seit 1912 Genosse Quard, dessen Tätigkeit bis in die Nationalversammlung von Weimar reichte.

Der Weltkrieg schlug auch der Frankfurter Arbeiterbewegung tiefe Wunden. Aber nach seinem katastrophalen Ende und der Ausrufung der deutschen Republik rückten auch in Frankfurt endlich Sozialisten in die öffentliche Verwaltung ein. Sie besetzten den Posten des zweiten Bürgermeisters, und neben diesem sitzt eine Reihe sozialistischer Stadträte im Magistrat. Auch das Amt des Frankfurter Polizeipräsidenten, dessen Inhaber wiederholt gewechselt haben, ist ununterbrochen mit einem Sozialdemokraten besetzt. Wie überall, so schwollen die Mitgliederziffern der Gewerkschaften und der Parteiorganisation im Jahre 1918/19 gewaltig an, um dann allmählich wieder in ihr normales Bett zu verlaufen. Gegenwärtig sind in den Frankfurter Gewerkschaften rund 46 000, in der Sozialdemokratischen Partei Großfrankfurts rund 6000 Arbeiter organisiert.

Seit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist das Gewerkschaftsstartell der Ortsauschuß dieser zentralisierten Organisation geworden. Das Frankfurter Arbeitersekretariat, das während des Weltkrieges zeitweise seine Tätigkeit einstellte, ist wieder eröffnet. Die Zentralbibliothek funktionierte ohne Unterbrechung durch den Krieg. Neuestens ist in das Gewerkschaftshaus eine Frankfurter Filiale der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Berlin eingezogen. Ein Frankfurter Kulturstartell aller Bildungs-, Sport- und Gesangorganisationen vereint die Kunst- und Kulturbestrebungen und nimmt neuerdings die Tradition des Arbeiterbildungsausschusses wieder auf, periodisch bei großen Arbeiterfesten künstlerische Darbietungen, unter andern in der städtischen Festhalle, zu veranstalten.

So ist die Frankfurter Arbeiterbewegung aus einem kleinen Rinnsal, das sie zu Anfang des Jahres 1848 bei unentwickeltem Proletariat und Klassenbewußtsein bildete, zu einem großen Strom geworden, der stark in die Breite geht und dafür eine Vertiefung erstrebenswert erscheinen läßt. Möge diese Arbeit der Frankfurter Arbeiterbewegung in der Krisenperiode der Nachkriegszeit mit derselben Sicherheit gelingen, die ihr Wirken bis zum Weltkrieg ausgezeichnet hat, und mit der sie den diesjährigen Verbandstag der deutschen Holzarbeiter kameradschaftlich in ihrer Mitte begrüßt!

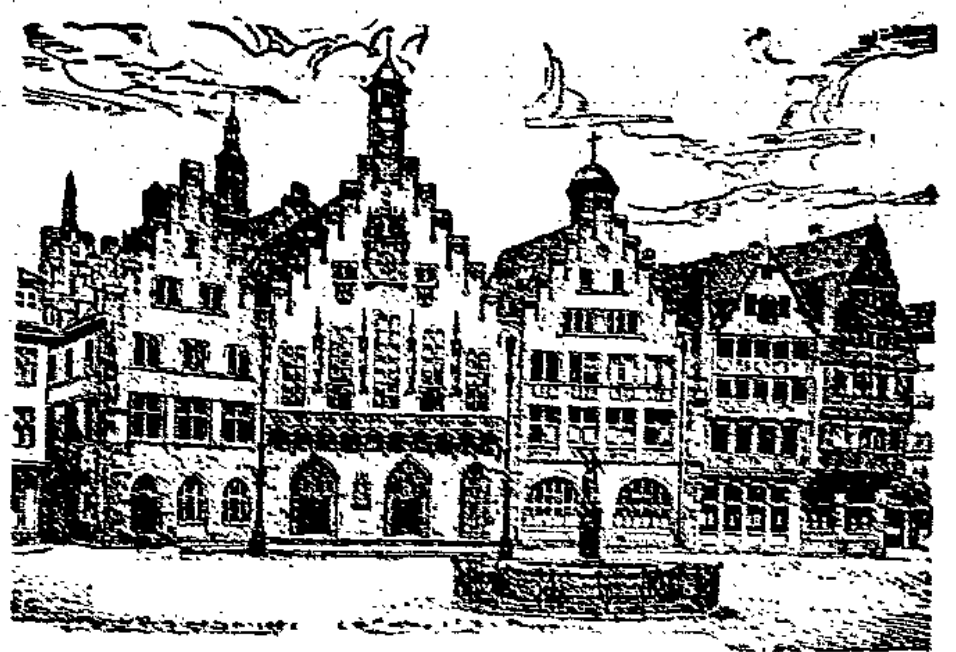
### Die Organisation der Holzarbeiter in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M. kann für die Bewegung der Holzarbeiter als historischer Boden angesprochen werden. Bereits im Jahre 1889, als die Holzarbeitergewerkschaft (Eisenacher Richtung) unter Leitung von Theodor York in Kassel ihre erste Generalversammlung abhielt, waren Frankfurt a. M. und der jetzt eingemeindete Vorort Rodenheim dort vertreten. Der „Allgemeine Tischler- (Schreiner-) Verein“, der die Lassalleanische Richtung vertrat, hielt im Mai 1874 in Frankfurt a. M. seine zweite Generalversammlung ab, und als nach erfolgter Einigung der politischen Arbeiterparteien (Lassalleaner und Eisenacher) auf dem Einigungskongreß zu Gotha auch die Fachverbände der Holzarbeiter die Einigung anstrebten, war es Frankfurt a. M., woselbst im Juni 1876 ein „Allgemeiner Tischlerkongreß“ abgehalten wurde, der die Vereinigung beschloß. Ein Bild der Teilnehmer dieses Kongresses ist im Almanach des Verbandes für 1927 festgehalten worden.

Der neu gebildete Verband, dessen Sitz nach Hamburg kam, erhielt den Namen „Bund der Tischler und verwandter Berufsgenossen“. Auf demselben Kongreß wurde auch die Gründung der Zentral-Kranken- und Sterbefälle des Bundes beschlossen, deren Hauptkassierer dann die „Neue Tischlerzeitung“ herausgab, die auch in Frankfurt a. M. als geistiges Band der deutschen Berufskollegen eingeführt war. Das im Jahre 1878 in Kraft getretene Sozialistengesetz wurde in Frankfurt a. M. ganz besonders brutal angewendet und vernichtete neben anderen auch die Organisation der Schreiner. Erst am 21. Mai 1881 war es in Frankfurt a. M. wieder möglich, einen „Fachverein der Schreiner“ zu gründen. Dieser Fachverein sollte, wie in einer Denkschrift gesagt wurde, „den Gewerkschaften Gelegenheit geben, mittels der Vereinigung die Interessen der Schreiner wahrzunehmen und das Handwerk wieder zu Ehren bringen, soweit das in den engezeichneten Grenzen einer Gewerkschaftsbewegung möglich ist“.

Vorsitzender des Fachvereins wurde der Schreiner Heint. Ehrlich. Nach dem Statut sollte die Erörterung religiöser und politischer Fragen ausgeschlossen sein, und da die Versammlungen polizeilich überwacht wurden, waren sie meist recht harmloser Natur. Wenn nichts Besonderes vorlag, dienten diese allwöchentlich stattfindenden Versammlungen vorwiegend dem geselligen Verkehr und haben zunächst einmal die Kollegen einander nähergebracht. Im Verhältnis zu den 700 damals in Frankfurt a. M. beschäftigten Schreiner war die Mitgliederzahl nur gering.

Im Herbst des Jahres 1883 wurde von Karl Klotz ein Kongreß der Tischler Deutschlands nach Mainz einberufen mit dem Zweck, einen Zusammenschluß der Fachvereine über ganz Deutschland herbeizuführen. Frankfurt a. M. beschiede diesen Kongreß durch seinen Vorsitzenden. Zu dieser Zeit erhielt der Fachverein in Frankfurt a. M. eine Bestätigung, deren Veranlassung der Schreinerstreik in Stuttgart war. Von dort kamen ein Teil Kollegen zugereist, so daß die Mitgliederzahl auf 70 stieg. Dadurch kam etwas mehr Leben in die Mitgliedschaft, und man beschloß damals auch den



Römer



Reuter

Anschluß an den soeben in Mainz gegründeten Tischlerverband. Die Freude war aber nicht von langer Dauer. Schon im Juni 1885 wurde vom Polizeipräsidenten die Zugehörigkeit zum Verbandsverband unter sagt mit der damals üblichen Begründung, daß die einzelnen Fachvereine politisch seien und ihnen nach dem preussischen Vereinsgesetz das Inverbindungtreten untersagt sei. Wegen das Verbot ist nichts unternommen worden, jedenfalls deswegen nicht, weil ein Erfolg nicht zu erwarten war. Die Mitglieder des Tischlerverbandes zahlten dann ihre Beiträge im benachbarten Offenbach, welches in Hessen liegt.

Die „Neue Tischlerzeitung“ wurde auch jetzt wieder zunächst obligatorisch auf Vereinskosten, dann jedoch gegen Bezahlung an Interessenten abgegeben. Damit wurden dann auch die Kassenerhältnisse ein wenig aufgebessert. Es mußte jedoch wegen des Ausnahmegesetzes damit gerechnet werden, daß die Polizei eines Tages den Fachverein auflösen und das Vermögen beschlagnahmen würde. Deshalb wurde durch fingierte Quittungen ein Teil des Geldes sichergestellt und ein sogenannter Geheimfonds gegründet. Aus diesem Geheimfonds erhielten die am Frankfurter Geheimbündnisprozess beteiligten Mitglieder des Fachvereins, darunter auch Eduard Steinbrücker, bei ihrer Ausweisung aus Frankfurt eine Unterstützung von je 10 Mk. Schließlich verfiel der Schreinerfachverein der Auflösung durch die Polizei, und dann bestand mehrere Jahre keine gewerkschaftliche Organisation der Schreiner.

Erst im Frühjahr 1888 regten sich die Frankfurter Schreiner wieder. Anlaß dazu gab der in Hamburg ausgebrochene Schreinerstreik, zu welchem in öffentlicher Versammlung Stellung genommen wurde. Es wurde ein Komitee gebildet, das die Sammlungen für die Streikenden organisieren sollte. Dieses Komitee wurde prompt von der Polizei in Strafe genommen, „weil es eine öffentliche Kollekte vorgenommen habe“. Zu Weihnachten 1888 wurde dann in Braunschweig ein Schreinerkongress abgehalten, auf dem Frankfurt durch den Kollegen Peters, jetzt Redakteur in Gießen, vertreten wurde. Nach dem Kongress wurde in Frankfurt a. M. und Umgegend über den Kongress Bericht erstattet und damit dem Organisationsgedanken neue Nahrung zugeführt. Am 11. März 1889 erfolgte wieder die Gründung einer Zahlstelle des Tischlerverbandes, der sofort 27 Mann, darunter der Kollege Weinhardt, später Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“, beitrugen. Die Entwicklung verlief jetzt günstig, es wurden alle zwei Wochen Versammlungen abgehalten und vielfach belehrende Vorträge gehalten. Durch die Gründung des Deutschen Holzarbeiterverbandes 1893 in Kassel, nach welcher sich auch die Bürstenmacher, Wagner, Drechsler usw. dem Verbandsverband anschlossen, wurde die Mitgliederzahl hierorts nicht beeinträchtigt, da kaum Organisierte dieser Branche vorhanden waren.

Die Mitgliederzahl der Zahlstelle stieg dann langsam, aber stetig. Als im Jahre 1900 die Vorbereitungen zu einer Lohnbewegung der Schreiner getroffen wurden, stieg sie auf 1329, ging aber nach dem Streik zurück, um dann wieder anzusteigen. Die Mitgliederzahl betrug im Jahre 1914 rund 2400, in der höchsten Inflationszeit stieg sie auf 3500, und sie beträgt gegenwärtig 2750. Die Steigerung der Mitgliederzahl und die durch die Einführung der sozialen Unterstufungen erwachsene Mehrarbeit brachten es mit sich, daß die Verwaltungsgeschäfte nicht mehr nebenamtlich, geführt werden konnten. Am 1. Januar 1900 wurde der Kollege Paul Brückner angestellt; er erledigte bis zur Anstellung eines Gauvorstehers im Jahre 1904 auch noch die Gau-geschäfte. In demselben Jahre stieg die Mitgliederzahl auf 2000, und es wurde als zweiter Angestellter der Kollege Richard Werner, jetzt Gauvorsteher in Leipzig, angestellt. An seine Stelle trat 1911 der Kollege Fr. Heinemann und nach dessen sechs Monate später erfolgter Wahl zum Gauvorsteher der Kollege Cornau. Im Jahre 1919 wurde als dritter Lokalbeamter der Kollege Wilhelm Henkel angestellt.

Um die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen mußte bei der Rückständigkeit der Frankfurter Unternehmer heiß gestritten werden. Bereits im Jahre 1883, als die aufgestellte Forderung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit bei einem Wochenlohn von 18 Mk. nur in 13 Betrieben mit 169 Beschäftigten bewilligt wurde, traten die Kollegen der übrigen Betriebe in den Streik. Die Forderung konnte dann durchgesetzt werden, jedoch ging die 9 1/2 stündige Arbeitszeit bald wieder verloren.

Erst im Jahre 1900 war die Zahlstelle dann so weit, den Unternehmern ernsthafte Forderungen, darunter wieder die der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit, unterbreiten zu können. Bei dieser Bewegung kamen 190 Betriebe mit 1157 Beschäftigten in Frage. Die Unternehmer machten ein nur ganz geringes Angebot. Als dann bei den Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht der herbeigeführte Verhandlungsvorsitzende, Kollege Kutz, von den Unternehmern als Unterhändler abgelehnt wurde, zogen 106 Kollegen die Arbeit nieder. Der Streik konnte erst nach 12wöchiger Dauer beendet werden. Das Resultat war eine Arbeitszeitverkürzung von 3 Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung von 15 Prozent. Die Arbeitszeit betrug nun in den Möbelgeschäften 9 Stunden und in den Bauschäften 9 1/2 Stunden pro Tag. An Kosten verursachte dieser Streik 42 176 Mk.

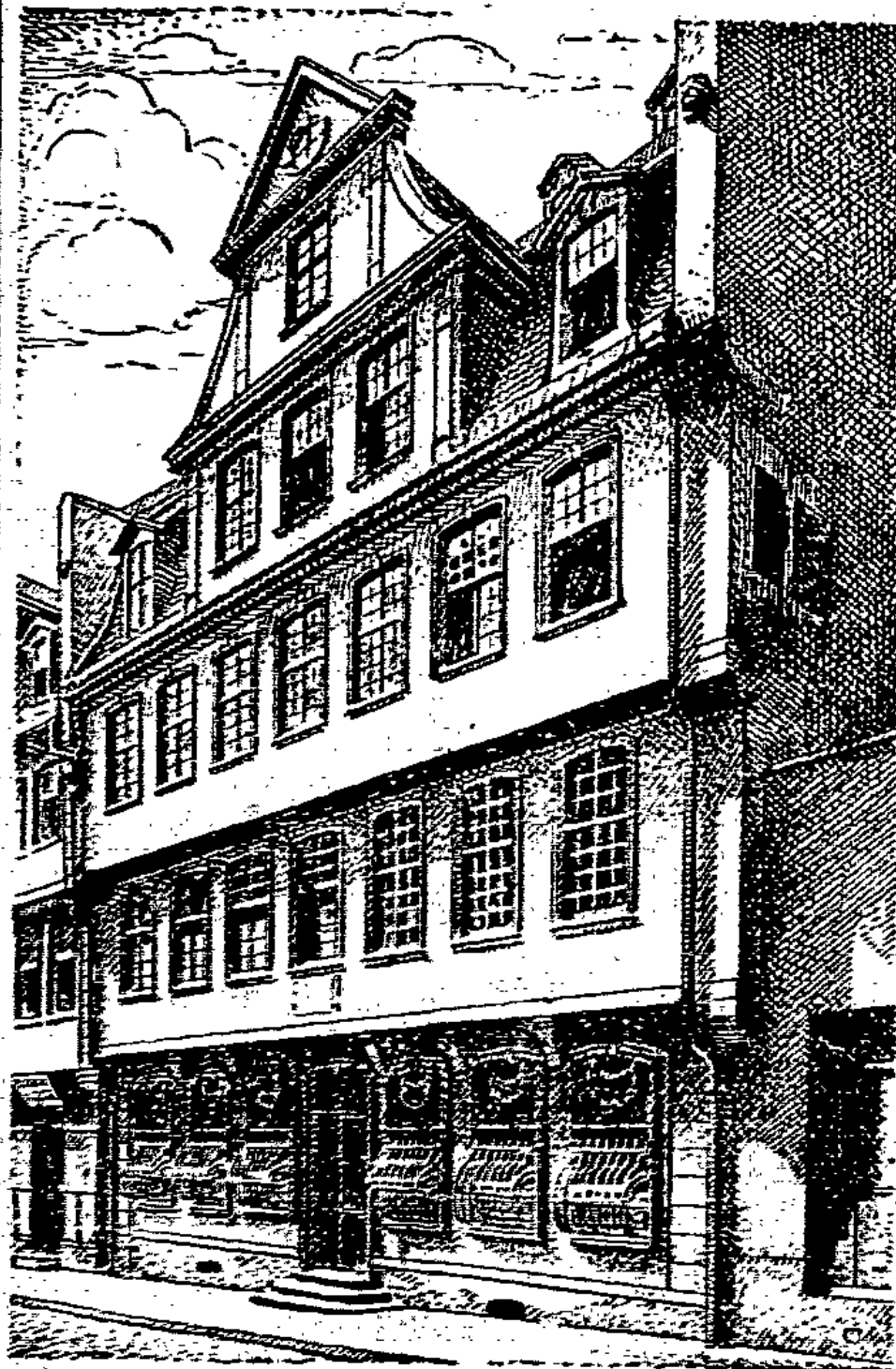
Da dieser Kampf mit großer Erbitterung geführt wurde, war das Verhältnis zwischen den Unternehmern und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband natürlich sehr gespannt. Der Verband wurde als Vertreter der Schichten zunächst nicht anerkannt. Erst im Jahre 1903, nach einem Betriebsstreik in der Firma Reiche, wurde eine Schlichtungskommission, bestehend aus drei Unternehmern und drei Vertretern des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, vereinbart und damit

der Verband anerkannt. Im Jahre 1906 gelang es, mit dem Arbeitgeberverband und der Schreiner-Zwangsinnung einen Vertrag abzuschließen, der eine weitere Arbeitszeitverkürzung auf 53 Stunden und eine Erhöhung des Stundenlohnes auf 53 Pf. brachte. Zur Arbeits-einstellung kam es dabei nur in einigen Betrieben. Dieser Vertrag wurde 1908 von den Unternehmern wieder gekündigt. Die folgenden Verhandlungen führten zu keinem Resultat, und schließlich wurde ein unter dem Vorsitz des Ministers von Lepsius in Leipzig gefällter Schiedspruch auch noch von den Unternehmern abgelehnt. Unsere Kollegen lehnten dagegen ab, den bisherigen Vertrag ohne Verbesserungen zu verlängern, und so kam es zunächst zu einer vertraglosen Zeit. Den Unternehmern hat die vertraglose Zeit nicht sonderlich gefallen. Bei einer Verhandlung, die im August 1908 in Mannheim für einige badische Orte stattfand, fanden sich auch die Frankfurter Unternehmer ein und wollten über Frankfurt verhandeln. Dazu hatte der Gauvorsteher natürlich keinerlei Vollmacht, und er lehnte deswegen die Verhandlungen ab. Die Unternehmer kündigten darauf die Aussperrung von 1400 Arbeitern an, brachten aber nur 300 heraus. Nach diesem Flasko bequerten sich dann die Unternehmer endlich zu Zugeständnissen. Der jetzt zum Abschluß gekommene Vertrag sah eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 52 Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung von 4 Pf. pro Stunde vor. Der Lohn stieg auf 57 Pf. Am 16. November 1911 wurde dieser Vertrag von uns gekündigt und alsbald neue Verhandlungen eingeleitet. Erst im April 1912 kam dann wieder ein neuer Vertrag zustande, ohne daß eine Arbeits-einstellung notwendig wurde. Der Mindeststundenlohn wurde auf 63 Pf. erhöht, und er sollte in dieser Höhe bis 1916 Geltung haben.

Während des Krieges von 1914 bis 1918 versuchten die Unternehmer dauernd, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Sowohl die Aufrechterhaltung der 52-Stunden-Woche als auch die bei der Teuerung notwendigen Lohnauf-besserungen mußten erkämpft werden. In den beiden letzten Kriegsjahren ist der Streik um die Lohnerhöhung gar nicht abgerissen, bis schließlich vor dem Kriegsende Verhandlungen angebahnt wurden und der Stundenlohn bis Kriegsende auf 1,05 Mk. erhöht werden konnte. Aber auch nach dem Kriege, als die Inflation bereits eingesetzt hatte, glaubten die Frankfurter Unternehmer, den Lohn noch festhalten zu können. Im Juli 1919 kam es daher wieder zu einem Streik von vierwöchiger Dauer, der aber zur Folge hatte, daß die bisherige reaktionäre Leitung des Arbeitgeberschutzverbandes abtreten mußte, um einer Leitung Platz zu machen, die zu Verhandlungen bereit war, ohne daß erst gestreikt werden mußte.

An der im Juli 1925 gelegentlich der Lohnbewegung verfügten Aussperrung über ganz Deutschland war Frankfurt a. M. nicht beteiligt. Der Grund dazu lag wohl darin, daß den Frankfurter Unternehmern bereits im Februar des-selben Jahres eine Aussperrung vorbeigeklungen war. Damals hatten etwa 300 Kollegen die Arbeit eingestellt, weil die geforderte Lohnerhöhung von den Unternehmern abgelehnt wurde. Sie ordneten die Gesamtaussperrung an, brachten aber nur ein Drittel der Kollegen auf die Straße. Der Arbeitgeberverband mußte jetzt das Reichsarbeits-ministerium zur Hilfe holen, und der von dort entsandte Schlichter brachte dann eine Lohnvereinbarung zustande, die es den Holzarbeitern ermöglichte, wieder weiterzuarbeiten.

So ist die Verwaltungsstelle in den Kämpfen um die Verbesserung der Lebenshaltung der Kollegen gewachsen, und unsere Kollegen sind durch die Kämpfe zu überzeugten An-hängern ihrer Organisation geworden. S. Torna u.



Gesellschaft

### Die Jugend zum Verbandstag.

Fünf Jahre sind es jetzt her, daß wir in unserem Ver-bande unsere Jugendabteilungen zentral zusammengefaßt haben. Die Jugendabteilungen bilden den äußeren Rahmen, in dem auch die Jugend in unserem Verbands-kreis tätig sein kann.

Die fünf Jahre Entwicklung in unserer Jugendarbeit haben unseren Erfahrungskreis vergrößert und schon eine gewisse Tradition geschaffen. Vor allem ist es gelungen, einen Kreis älterer Kollegen heranzuziehen, der sich mit Lust und Liebe besonders der Jugendarbeit widmet. Der Ältere bildet den ruhenden Pol in der Erhellungen Pflicht.

Die Jugendabteilung ist schließlich nur eine Durchgangs-station für das jugendliche Mitglied. Mit dem 18. Lebens-jahre oder mit Beendigung der Lehrzeit tritt das Mitglied in den Kreis der erwachsenen Mitglieder über. Für die Jugendlichen zwischen dem 14. und 18. Lebensjahre ist der ältere Jugendleiter Helfer, Berater und Freund. Er übt in der Hauptsache eine mehr fürsorgliche Tätigkeit aus. Der junge Mensch ist in den in Frage kommenden Jahren, in denen er sich mit dem Kampf ums Dasein vertraut machen muß, besonders anlehungsbedürftig. Ein Jugendleiter kann viel erreichen, er kann aber auch viel verderben. Darum ist die Jugendleiterfrage für unsere Jugendarbeit die schwierigste und verantwortungsvollste Frage.

Unsere gewerkschaftliche Einstellung bringt auch in unsere Jugendarbeit im Gegensatz zu der Arbeit anderer Jugend-verbände einen weniger romantischen Zug hinein. Es handelt sich in unserer Arbeit um die Wirklichkeit des täglichen Da-seinskampfes. Diese Tatsache läßt weltfremde Illusionen nicht aufkommen.

Die Jugend liebt aber das Romantische, das Rätselhafte, das Heldenhafte. Sind wir in der Lage, diesem Bedürfnis der Jugendlichen zu entsprechen? Diese Frage muß durch-aus bejaht werden. Wissen wir uns auch dazu hüten Illusionen zu nähren, so bietet doch auch der Gewerkschafts-kampf Beispiele von Heldentum und Heldenmut. Es ist kein Heldentum, das lärmend in den Straßen gepriesen wird, es ist aber heldenhaft, für den Fortschritt, für Freiheit und besseren Lohn zu hungern. Darstellungen und Er-zählungen aus großen Gewerkschaftskämpfen wird die Jugend immer mit Begeisterung folgen. Aber auch die Be-schäftigung mit der Geschichte unserer Wirtschaft, mit ihrem jetzigen Stand und mit ihrer mutmaßlichen Entwicklung ist durchaus nicht so nüchtern, wie es auf den ersten Blick er-scheint. Es ist dramatisch, was sich in der Wirtschaft vollzieht. Darfbar wird die Jugend solchen Themen folgen.

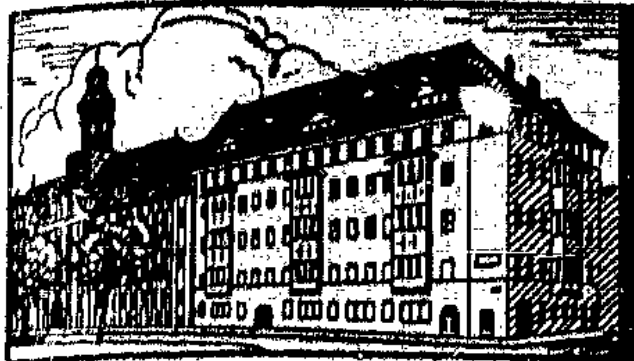
Diese Andeutungen sollten nur zeigen, daß unsere Arbeit durchaus nicht so nüchtern ist, wie es vielleicht von außen her erscheinen mag. Es muß zugegeben werden, daß insbesondere die Sportbewegung eine größere Anziehungskraft auf die Jugend ausübt als unsere Arbeit. Aber schließlich ist doch unsere Arbeit die wichtigere und wertvollere. Das darf doch ohne Überheblichkeit festgestellt werden. Wo würden die Sport- und Kulturorganisationen bleiben, wenn nicht die Gewerkschaft für Lohn- und Freizeit kämpfen würde.

Unserer Jugend das rechte Verständnis für unsere Arbeit zu vermitteln, ist unsere Aufgabe. Ein Blick in die Tätig-keitsberichte unserer Jugendabteilungen zeigt uns, wie viel-gestaltig unser Arbeitsgebiet ist. Im vergangenen Jahre haben Einzelvorträge, Unterrichtskurse, geschäftliche Ver-sammlungen, Les- und Diskussionsabende, Wanderungen, Spiele im Freien, künstlerische Feste und Elternabende, Unterhaltungsabende, Museumbesichtigungen und Betriebs-führungen, Theater- und Konzertsbesuche und öffentliche Ver-sammlungen stattgefunden. Insgesamt waren es 2698 Ver-anstaltungen mit 64 288 Besuchern. Die veranstalteten Unter-richtskurse erfreuten sich besonderer Beliebtheit. In der Hauptsache sind es Fachthemen, die behandelt werden. Neben der theoretischen Unterweisung findet auch praktischer Unter-richt statt. Dieser wird besonders bevorzugt. Es fanden statt Inflationkurse, Kurse über Fachkunde, Fachrechnen, Fach-zeichnen, Polierkurse, Zeichenkurse für Modelltischler mit anschließendem praktischen Unterricht, Kurse über Gewerkschaftswesen, Arbeitsrecht, Volkswirtschaft, Geschichte, Staatswissenschaft, Literatur, Naturwissenschaft, Einführung in das Schachspiel, Gesundheitspflege und Unfallverhütung. Insgesamt 61 Kurse mit 273 Abenden und 5077 Teil-nehmern.

Der Umfang unserer Arbeit ist noch sehr steigerungs-fähig. Es muß gelingen, nicht nur die Zahl unserer jugend-lichen Verbandsmitglieder, die 20 347 beträgt, sondern auch die Zahl unserer Jugendabteilungen, die Ende des ver-gangenen Jahres 108 betrug, zu erhöhen. Dazu bedürfen wir aber vor allem der tätigen Mithilfe unserer älteren Kollegen. Diese haben wir heute nicht reiflos. Immer noch hören wir Stimmen, die sich gegen die Aufnahme von Lehrlingen in den Verband wenden. Der alte Jungstiel steckt noch, das muß leider gesagt werden, bei manchem alten Kollegen tiefer in den Knochen, als es zugegeben wird. Es gibt heute aber für uns keine Frage mehr: Der Lehrling gehört mit in unsere Reihen. Wir sind in der Lage, unseren Lehrlingen sehr viel Wertvolles, besonders auf be-zugsfähigem Gebiet, zu geben.

Wir dürfen auch die Erziehungsarbeit nicht anderen, uns gegnerischen Organisationen überlassen.

Unser diesjähriger Verbandstag, der am 12. Juni und folgende Tage in Frankfurt a. M. stattfindet, wird sich im Rahmen des Vorstandsberichtes und bei Beratung der An-träge mit unserer Jugendarbeit beschäftigen. Wir erwarten vom Verbandstag, daß er uns hilft, die inneren Widerstände zu überwinden, damit wir unsere ganze Kraft der Werbung der uns Fernstehenden und der Ausgestaltung unserer Jugendarbeit widmen können. H. L.



# Aus dem Verbandsleben



## Reichskonferenz der Bürsten- und Pinselarbeiter.

In den letzten Jahren haben sich in dieser Branche allmählich Zustände herausgebildet, die im Interesse aller Bürstenarbeiter und -arbeiterinnen dringend einer Wänderung bedürfen. Neben vielfach willkürlicher Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen besteht ein unüberschaubares Durcheinander an Tarifverträgen und Lohnabkommen. Ein Ort wird gegen den anderen ausgespielt. Die Klagen über zunehmende Gefährdung, Krüppel- und Blindenanstaltskonkurrenz werden immer lauter. Die Gesundheitschutzbestimmungen, besonders gegen die Milzbrandgefahr, werden von manchen Unternehmern nicht genügend beachtet oder erweisen sich vielfach als unzureichend. Daß die Bürsten- und Pinselmacherei immer mehr den Charakter eines Handwerks verliert und zur Industrie wird, in der die automatisch arbeitende Maschine mit gigantischer Leistung den Ausschlag gibt, wäre an sich nicht zu bedauern. Aber diese Entwicklung bringt zunächst eine immer stärkere Heranziehung von Ungelernten und besonders weiblichen Arbeitern und damit eine Verschlechterung des Organisationsverhältnisses mit sich. Viele der vorhandenen Mißstände sind durch das gegenwärtige schlechte Organisationsverhältnis verursacht oder konnten dadurch zumindest nicht verhindert werden. Eine umfassende Agitation, besonders unter den neu in die Branche kommenden Arbeitern und Arbeiterinnen, muß vorbereitet und durchgeführt werden. Schließlich muß auch die zum Stillstand gekommene gewerkschaftliche Kleinarbeit in der Branche einer neuen Regelung unterzogen werden.

Um zu diesen Fragen Stellung zu nehmen, um über Mittel und Wege zu beraten, die dem Deutschen Holzarbeiter-Verband die Beseitigung der bestehenden Mißstände ermöglichen, waren am 20. Mai Branchenvertreter aus dem ganzen Reich nach Würzburg gekommen.

In dem Bericht der Branchenabteilung wurde erläutert, warum die selbsterwählten Branchen-Zentralkommissionen aufgelöst wurden. Diese Neuregelung beruht auf einem vom Kasseler Verbandstag gebilligten Vorstandsbeschluss, wonach die ständige zentrale Bearbeitung der Branchenangelegenheiten in das Hauptbureau verlegt und für besondere Branchenangelegenheiten die Bildung einer Kommission von Fall zu Fall erfolgen soll. Die Branchenabteilung sammelt alle Verträge und Abkommen, um jede Erwerbschaft allen Branchenangehörigen zur Kenntnis zu bringen. Sie erteilt Auskunft in allen Branchenfragen und stellt Material zur Agitation und zum Kampf zusammen. Ihre Aufgaben kann sie aber nur erfüllen, wenn sich die organisierten Berufsangehörigen einen festen örtlichen Zusammenhang schaffen und durch eine rührige Sektionsleitung mit ihr Hand in Hand arbeiten.

Die Auflösung der Zentralkommission fand nicht ungeteilten Beifall, aber schließlich setzte sich doch die Überzeugung durch, daß die Branchenabteilung die besonderen Berufsangelegenheiten bei genügender Unterstützung durch die Sektionen ebensogut erledigen kann, daß sie darüber hinaus aber noch eine Vereinfachung in der Organisation bedeutet, die nicht zuletzt auch im Interesse der Bürstenmacher liegt.

Der Vortrag des Kollegen Fischer (Stuttgart) über Organisation und Agitation, sachlich den Bericht der Branchenabteilung ergänzend, wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Er zeigte mit größter Deutlichkeit, wie es mit dem Organisationsgedanken unter den Bürstenmachern bestellt ist, wo und wie zugefaßt werden muß. Der starke Mitgliederzufluss unter den Bürstenmachern, der von 1918 bis 1923 anhielt, war auf Augenblickserfolge eingestellt. Als diese dann ausblieben, schwand das Vertrauen zur Organisation. Die Stabilisierung der Währung brachte einen starken Rückgang an Beschäftigten, der durch die vorjährige Wirtschaftskrise noch nie erlebte Ausmaße erreichte. Trotzdem wird bei zunehmender Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage nicht mit einer Zunahme der Beschäftigten zu rechnen sein, denn die fortschreitende Mechanisierung der Bürstenproduktion wird es bald weniger Großbetrieben ermöglichen, mehr Bürstenwaren auf den Markt zu werfen, als dieser vertragen kann, und wird dadurch sogar die Heimarbeit verlohner machen. Die Ungelernten und Weiblichen werden aber einen viel größeren Anteil an der Beschäftigtenziffer einnehmen, deshalb muß bei diesen die unermüdliche Agitation einsetzen.

Wenn in Betracht gezogen wird, was alles gegen uns stand, und was die Gewerkschaften in ihrer Aktionsfähigkeit behindert hat, so erscheint die Tatsache, daß trotz alledem noch mehr als die Hälfte aller Branchenangehörigen dem Verband die Treue bewahrt hat, als ein Beweis, daß ein guter Stamm vorhanden und daß die Bewegung innerlich fest und gesund ist. Wir müssen jetzt in härter Arbeit an einen Wiederaufbau der Organisation unter den Bürstenmachern herangehen. Das statistische Material, welches den Delegierten und Funktionären übergeben wurde, bildet eine gute Grund-

lage für unsere nächsten Arbeiten. Die Indifferenten kommen nicht zu uns und sind auch nur schwer in unsere Versammlungen zu bringen. Deshalb müssen wir zu ihnen gehen und sie heranziehen. Auf die Agitation von Mund zu Mund muß wieder größerer Wert gelegt werden, die Kollegialität muß gefördert und die Kollegen müssen zu gegenseitiger Achtung erzogen werden. Aber auch das Versammlungsniveau muß gehoben werden dadurch, daß die Versammlungsbefucher nicht mit Kleinigkeiten gelangweilt und mit persönlichen Streitereien hinausgestoßt werden.

Starke Interesse wurde der Lohn- und Vertragsfrage entgegengebracht, die vom Kollegen Dammert behandelt wurde. Was der im Jahre 1919 geschaffene Reichstarif für die Branche bedeutete, wird jetzt, nachdem er seit längerer Zeit außer Kraft ist und das größte Durcheinander im Lohn und in den Arbeitsbedingungen existiert, auch von den Kollegen eingesehen, die damals Gegner des Reichstarifs waren. Er war das erste Bindeglied für alle die, die nach dem Kriege in die Organisation gestürzt waren, und seine Bestimmungen sind sehr vielen in Fleisch und Blut übergegangen. Gerade die Kollegen in den rückständigsten Branchenorten hatten den größten Vorteil davon. Das war für einige reaktionäre Großunternehmer Grund genug, um ihn wieder zu zerstückeln. Die Lohnpolitik des Verbandes in der Regelung für das ganze Reich hätte es ihnen besonders angetan. Sie wollten wieder allein mit ihren Arbeitern verhandeln. Nach dem Außerkräfttreten des Reichstarifs konnten in einigen Bezirken Verträge abgeschlossen werden, die wohl inhaltlich dem Reichstarif nicht nachstanden, die aber keine einheitliche Lohnregelung mehr brachten. Kollege Dammert schilderte, wie seit Beendigung der Inflation der Lohn von 48 Pf. in ganz kleinen Schritten bis auf 77 Pf. gebracht werden mußte, wobei öfters in bedeutenden Branchenorten etwas unzufrieden nachgeholfen werden mußte. Bei den Unternehmern bestanden unzählige Organisationen, die jede für sich Vertragspolitik zu machen suchten. Auch der im vorigen Jahre gegründete Reichsverband der deutschen Bürsten- und Pinselindustrie mit dem Sitz in Freiburg ist nicht die allumfassende Organisation geworden, die ihre Urheber planten. Die in der vertragslosen Zeit gemachten örtlichen Abschlüsse waren zum Teil so, daß sie einer einheitlichen bezirklichen oder reichszentralen Regelung sehr hinderlich im Wege standen. Wenn sie in den einzelnen Orten nicht besser ausgefallen sind, so lag es eben an den Machtverhältnissen. Die Unternehmer schließen mit uns nur Verträge ab, soweit hinter dem Verband die Macht der organisierten Kollegen steht. Und auch der Inhalt dieser Verträge wird im wesentlichen von der Größe dieser Macht beeinflusst.

Von vielen Unternehmern wird jetzt schon wieder eingesehen, daß unter den gegenwärtigen ungerichteten Verhältnissen ein Betrieb den anderen niederkonkurriert, daß sie dabei selbst auch die Benachteiligten sind. Wir dürfen uns aber keine allzu große Hoffnung machen, daß bald wieder ein Reichstarif zustande kommt, denn wenige, aber einflussreiche Unternehmer hintertreiben das. Bezeichnend ist, daß überall, wo die Kollegen örtlich Forderungen stellten, sie auf eine baldige reichszentrale Regelung verträuft wurden. Diese Richtung hat sich aber im Unternehmerlager nicht durchsetzen können. Die Scharfmacher haben wieder Oberwasser behalten. Auch behördlichen Bemühungen ist es nicht gelungen, die Vertragsparteien zusammenzubringen. Die Erledigung der Lohn- und Vertragsfrage drängt in vielen Orten und Bezirken. Es gilt nicht nur, die erlittenen und zum Teil noch nicht beseitigten Verschlechterungen wieder rückgängig zu machen, die Zeit muß ausgenutzt werden, um die vielfach noch schandmäßig niedrigen Löhne auf zeitgemäße Höhe zu bringen. Wir haben in letzter Zeit schon ansehnliche Erfolge erzielt. Der Verband kann jetzt den Bürstenmachern weitgehende Unterstützung geben, aber hinter die Maßnahmen und Beschlüsse des Verbandes muß eine lebendige und lückenlose Front gestellt werden.

Die Aussprache über den Stand der Lohn- und Vertragsbewegung war besonders lebhaft. Mit größter Empörung wurde von dem rücksichtslosen Vorgehen einiger Unternehmer berichtet, denen auch der elendeste Lebensunterhalt ihrer Arbeiter gleichgültig ist, wenn sie nur den Profit erhöhen können. Die Erfahrungen, die bei örtlichem Vorgehen gemacht wurden, wurden ausgetauscht. Einmütig wurde gefordert, daß dort nachgeholfen wird, wo die Löhne noch am weitesten zurückgeblieben sind, daß aber auch zugefaßt werden muß, wo die Möglichkeit besteht, Fortschritte zu erringen, und daß aber auch die Frauenlöhne auf einen menschenwürdigen Stand gebracht werden.

Die Konferenz hat das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Branchenangehörigen im Reich gefördert und wird zweifellos dazu beitragen, daß in unermüdlicher Agitation die Unorganisierten dem Verband zugeführt werden. Aber auch die Überzeugung ist gefestigt worden, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Bürsten- und Pinselindustrie im Deutschen Holzarbeiter-Verband die beste Interessensvertretung und größte Hilfe haben, wenn sie nur selbst den Willen haben, ihre Lage zu verbessern.

## Lohnabkommen für das Sägerei- und Holzgewerbe in Rheinland und Westfalen.

Nach Anrufung des Schlichters fanden am 30. Mai in Dortmund für die Sägewerksarbeiter in Rheinland und Westfalen Lohnverhandlungen statt. Gefordert waren 15 Prozent Lohnaufschlag. Die Unternehmer glaubten, jede Lohnerhöhung mit Rücksicht auf die angeblich schlechte Geschäftslage ablehnen zu müssen. Nach längeren Verhandlungen fällt dann der Schlichter einen Schiedspruch, nach welchem ab 30. Mai eine Lohnerhöhung von 5 Pf. und ab 1. Oktober eine solche von 2 Pf. auf den bestehenden Spitzenlohn erfolgt. Damit steigt der Spitzenlohn ab 1. Oktober auf 82 Pf. Dieses Lohnabkommen hat Gültigkeit bis zum 31. März 1928 und kann erstmalig nach einmonatiger Frist zu diesem Termin aufgekündigt werden. Die Parteien nahmen den Schiedspruch an.

## Lohnabschluss für die nordwestdeutschen Sägereibetriebe.

Da auf dem Verhandlungswege eine Verständigung mit den Unternehmern nicht möglich war, fällt der Schlichtungsausschuß in Paderborn am 2. Juni nachstehende Entscheidung: Ab 30. Mai erhöht sich der Spitzenlohn von 60 auf 64 Pf. und ab 1. Oktober auf 68 Pf. Die übrigen Löhne errechnen sich nach dem bestehenden Schlüssel. Dieses Lohnabkommen hat Gültigkeit bis zum 31. März 1928. Kündigungsfrist jeweils zum 1. des Monats auf vier Wochen.

## Lohnabkommen für das Partettgewerbe in Rheinland und Westfalen und Hessen-Nassau.

Nach mehreren Verhandlungen mit den Unternehmern des Partettgewerbes wurde am 1. Juni für Rheinland und Westfalen und Hessen-Nassau eine Verständigung auf folgender Grundlage erzielt: Ab 3. Juni wird der Stundenlohn von 1,20 M. auf 1,32 M. erhöht. Die Alltagslöhne erhöhen sich gleichfalls um 12 Pf., die für Asphaltarbeiten um 15 Pf. pro Quadratmeter. Einige nebensächliche Positionen verbleiben auf ihrer bisherigen Höhe. Das Abkommen hat Gültigkeit bis zum 15. Februar 1928 und kann von da an mit vierwöchiger Frist gekündigt werden, andernfalls läuft dasselbe immer je vier Wochen weiter.

## Ein neuer Tarifvertrag für die Zigarrenfabrikanten im Bezirk Bünde.

Zwischen dem Zigarrenfabrikanten-Verband und unserem Deutschen Holzarbeiter-Verband wurde ein neuer Manteltarifvertrag vereinbart. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden, Überstunden werden mit 25 Prozent Aufschlag bezahlt. Die Ferien betragen nach halbjähriger Beschäftigung im Betrieb drei Tage. Nach jedem weiteren Jahr erhöhen sie sich um einen Tag, bis zum Höchstmaß von sieben Tagen.

## Der beleidigte Wolf.

Vor dem Dresdener Amtsgericht hatte sich dieser Tage der Vorsitzende des Gewerbegerichts der Amtshauptmannschaft Dresden, Regierungsrat Dr. Chrambach, zu veranworten. Der Stuhlfabrikant Wolf in Rabenau wollte durch ihn beleidigt sein. Herr Wolf ist der Führer der Rabenauer Stuhlfabrikanten in dem Kampf, den diese führten, um sich ihren Pflichten aus dem Tarifvertrag zu entziehen. Das war der Grund, daß unsere Rabenauer Kollegen eine ganze Reihe von Prozessen führen mußten, insbesondere um die Anerkennung ihres Anspruches auf die tarifvertraglichen Ferien. Alle diese Prozesse waren erfolgreich, sie endeten stets mit der Beurteilung des beklagten Unternehmers. Bei einer Verhandlung am 28. Oktober 1926 soll sich der Vorsitzende des Gewerbegerichts dahin geäußert haben, daß Wolf anscheinend wieder einmal die Kriegstrompete geblasen habe, als General stehe er aber leider immer weit hinter der Front. Auch war Dr. Chrambach eine Wendung zur Last gelegt, durch die er die aussichtslosen Klagen der Rabenauer Fabrikanten als anormal bezeichnet haben sollte.

Wolf fühlte sich durch die ihm hinterbrachte Äußerung des Dr. Chrambach beleidigt. In der Verhandlung gab Dr. Chrambach zu, daß er bei seinen vergeblichen Bemühungen, die beklagten Fabrikanten von der Aussichtslosigkeit ihres Verhaltens zu überzeugen, von einem General gesprochen habe, nicht aber vom Kriegstrompetenblasen. Das Urteil lautete auf kostenlose Freisprechung des Dr. Chrambach.

Herr Wolf hat Pech. Nicht nur sein so schön angelegter Plan, die Arbeiter um ihre Rechtsansprüche zu pressen, war ein Reinfall, nun hat auch der Versuch, sich durch Beurteilung des Gewerbegerichtsvorsitzenden Genugtuung zu verschaffen, zu einer Niederlage geführt. Armer Wolf!

Mit Laßnau'scher Nummer ist am 24. November 1927 föllig



# Holzindustrie



## Stehen wir vor einer Holznot?

Auf dem Holzmarkt herrscht ein sehr geschäftiges Treiben. Daß die allgemeine Besserung der Wirtschaftslage eine regere Nachfrage nach Holz aller Art mit sich bringt, ist nur natürlich. Der Holzmarkt zeigt aber eine weit stärkere Belebung als die allgemeine Wirtschaft. Die Waldbesitzer sind ihr Rundholz spielend leicht und zu ständig steigenden Preisen losgeworden. Der Wintererfischlag ist längst verkauft, um die hier und da noch vorhandenen Mengen reifen sich die Käufer. Es werden geradezu phantastisch hohe Preise verlangt und gezahlt. Die Sägewerke haben ihren Rundholzbedarf nur zum Teil gedeckt. Eine Waldbesitzerzeitung erzählt, daß „viele Waldbesitzer sich auf erweitertere Frühjahr- und Sommerfällung eingestellt haben, als ursprünglich beabsichtigt war, die Versorgung des Marktes ist also sichergestellt“. Dieser Beruhigungsversuch wird keine Gläubigen finden. Der Rundholzmarkt wird im Laufe der nächsten Wochen sehr fühlbar werden. Vom Ausland sind größere Zufuhren nicht zu erwarten. Polen und die Tschechoslowakei, unsere besten Rundholzlieferanten, werden uns in diesem Jahr nicht einmal soviel liefern wie in den letzten Jahren. Abgesehen davon, daß der Waldbestand beider Länder in den letzten Jahren eine starke Lückung erfahren hat (in der Tschechoslowakei hat der Nonnenfraß zum Kahlschlag großer Waldbestände gezwungen, und Polen treibt seit Jahren aus finanziellen Gründen Raubbau an seinem Walde), wichtiger ist die Tatsache, daß beide Länder immer mehr dazu übergehen, die Rundholzausfuhr zu beschränken; an Stelle von Rundholz wollen sie möglichst viel Schnittholz ausführen. Die Erhöhung der Rundholzeinfuhr aus den nordischen Ländern scheitert an der Preisfrage; 1926 bezogen wir von dort nur etwa 350 000 Festmeter Nadelrundholz. Rußland mit seinem gewaltigen Holzreichtum kommt aus Gründen, die an dieser Stelle wiederholt dargelegt worden sind, für die Holzeinfuhr weder in diesem noch in den nächsten Jahren ernstlich in Betracht.

Der Rundholzmarkt leidet nicht an der von den Waldbesitzern vorausgesagten Überschwemmung, sondern an einer starken Verknappung des Materials. Da die Sägewerke aber Holz brauchen, entsteht um jedes Festmeter ein heftiger Preiskampf. Zu welchen Rundholzpreisen wir noch kommen werden, läßt sich nicht einmal ahnen. Die Rundholzpreise zeigen schon seit November vorigen Jahres eine steigende Tendenz. Zunächst noch einigermaßen erträglich, in den letzten Wochen machten sie aber ganz tolle Sprünge. Unsere Zusammenstellung enthält

Großhandelspreise für Nadelrundholz und Nadel-schnittholz.

	Nadelrundholz III. Klasse Festmeter			Nadel-schnittholz Kubikmeter			
	Rieser	Sichte u. Lanne Bayern	Rieser u. Lanne Birttemberg	Rieser Bretter Berlin	Mittelblod Ostpreußen	Sichte u. Lanne gute Bretter Süddeutschland	reine u. halb-reine Bretter
1914	18,-	19,-	19,-	90,-	55,-	60,-	68,-
1925 Dez.	28,50	25,28	26,68	148,-	65,-	92,-	104,-
1926 April	23,90	23,90	26,91	140,-	70,-	90,-	102,-
Okt.	23,03	23,71	25,30	150,-	78,-	92,-	106,-
Dez.	31,58	28,87	29,25	155,-	80,-	92,-	110,-
1927 Jan.	32,68	25,48	30,50	160,-	83,-	97,-	115,-
Febr.	32,77	25,05	31,50	161,25	83,-	98,-	118,-
März	32,80	26,38	32,50	165,-	85,-	100,-	120,-
April	31,46	26,73	33,-	165,-	85,-	100,-	120,-
Mai	33,25	28,10	34,20	178,-	95,-	100,-	120,-

die amtlich errechneten Durchschnittspreise für Nadelrundholz 3. Klasse. Die Preiserhöhung seit Ende 1926 ist ganz beträchtlich. Das Holz markiert heute wieder an der Spitze aller wichtigen Rohstoffe. Das Wort vom Holzwucher hat wieder seine Berechtigung. Aus Ostpreußen werden in den letzten Tagen Preise von 60 Mk. und mehr für das Festmeter Rundholz 3. Klasse gemeldet. In Süddeutschland, besonders in Birttemberg, sieht es nicht weniger schlimm aus. Schon die Durchschnittspreise sind überreichtlich hoch, und man fragt sich immer wieder, was die Sägewerksbesitzer sich beim Diktieren solcher Preise eigentlich denken. Angekündigt glauben sie, auch für das Schnittholz einen beliebig hohen Preis fordern zu können. Die Marktlage beim Schnittholz sieht auch fast so aus. Der „Holzmarkt“ verriet bereits von einem fürchterlichen Reuen des Handels nach Schnittholz, besonders nach trockener Ware. „Trockene Ware ist aber sehr knapp, und so manches Werk im Südbayerischen ist heute sozusagen so gut wie ausverkauft.“ Auch das in München erscheinende „Holzhandelsblatt“ berichtet „von der sich zeigenden Nachfrage, auf der anderen Seite aber eine anfallig werdende Knappheit an trockener Ware“. Das Waldbesitzerblatt vermutet, daß die Sägewerke absichtlich mit dem Verkauf zurückhalten, da sie mit einer weiteren Erhöhung der Preise rechnen. Das ist zweifellos richtig, aber ebenso richtig ist, daß die Sägewerke und Holzhandlungen nur über kleine Bestände verfügen. Sehr zu bedauern ist es, daß die Sägewerksverbände ihre

Mitglieder aufgefordert haben, „durch fortgesetzte Beschränkung des Einschnitts von Brettware die Überfüllung des Marktes mit Material zu verhüten“. Viele Unternehmer konnten aber nicht mehr einschneiden als eingeschritten wurde, denn es fehlte ihnen das Rundholz. Trotz der „Überschwemmung des deutschen Marktes mit polnischem Rundholz“ konnten die meisten Sägewerke ihren Bedarf nicht decken. Diese Tatsache beleuchtet den Waldbesitzerschwund auf hellste.

Unter dem Mangel an trockenem Schnittholz hat die Holzindustrie schwer zu leiden. Auch astreine Seiten sind sehr gesucht, besonders von der Küchenmöbelindustrie. „Die Nachfrage aus Mitteldeutschland, Westfalen und Rheinland ist enorm“, meldet der „Holzmarkt“. Preise von 180 Mk. und darüber je Kubikmeter frei Waggon Berlin sind die Regel. „Noch unklarer“, heißt es im „Holzmarkt“ weiter, „ist die Situation am Markt für Mittel- und Zopfware. Hierin sind die Lager außerordentlich gelichtet. Trockene Ware ist überhaupt nicht aufzutreiben, und der Einschnitt wird in diesem Jahre nicht groß sein.“ Wie diese Schnittholzknappheit die Preise in die Höhe treibt, zeigt unsere Zusammenstellung.

Die Sägewerksbesitzer sollten sich doch darüber klar sein, daß die Preissteigerung nicht so weitergehen kann. Die Stammbretter sind heute um 97,8 Prozent teurer als 1914, bei den reinen und halbreinen Brettern beträgt die Steigerung 76,5 Prozent, bei den Mittelblodbrettern 72,7 Prozent und bei den guten Brettern 66,7 Prozent. Wenn angesichts dieser Preissteigerung eine Unternehmerzeitung schreibt, „dem Holzgeschäft hat im Frühjahr der richtige Aufschwung gefehlt“, so ist das eine unverzeihliche Vertennung der Sachlage. Die Verhältnisse liegen heute so, daß von einer Pause auf dem Holzmarkt gesprochen werden muß.

Die Holzindustrie befindet sich erst am Anfang einer flotten Konjunktur. Viele Betriebe arbeiten auch heute noch eingeschränkt. Etwa 40 000 Holzarbeiter liegen noch beschäftigungslos auf der Straße. Ist die Holzindustrie erst voll beschäftigt, dann wird viel, viel Holz gebraucht. Auch die Bauwirtschaft beginnt sich erst zu regen, ihre Holzforderungen werden von Woche zu Woche größer. Wie soll der steigende Holzbedarf befriedigt werden können, wenn jetzt schon ein fühlbarer Mangel herrscht? Es scheint, daß in Deutschland jetzt wahr werden soll, was der Reichsforstwirtschaftsrat vor einigen Jahren prophezeite: Deutschland steht vor einer großen Holznot!

## Die „Holzindustrie“ sucht einen Redakteur . . .

Die „Holzindustrie“, die „Lageszeitung des gesamten Holzverarbeitenden Gewerbes Deutschlands und alleiniges offizielles Organ des Wirtschaftsverbandes der deutschen Holzindustrie und des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes“, sucht einen tüchtigen Holzfachmann als Redakteur. Sie wird seit dem 1. Mai in „Betreuung, z. B. von H. Abramczyk (Heinz Ludwig)“ geleitet. Wenn die „Holzindustrie“ auch unter ihren ständigen Redakteuren eine kaum zu übertreffende Ahnungslosigkeit in Fragen der Holzindustrie verriet, jetzt ist es noch um einige Grade schlimmer. Nur ein Beispiel aus der langen Reihe ihrer „Hörsachverständigen Aufsätze“.

Am 25. Mai veröffentlichte die „Holzindustrie“ einen Artikel mit der Überschrift: „Fördert der Staat die Holzwirtschaft?“ Der Verfasser beschäftigt sich mit einer sozialdemokratischen Anfrage an die preussische Regierung wegen der starken Preissteigerung der Baustoffe. Wie allgemein bekannt ist, haben die Baustofffabrikanten die Behebung der Bauaufgabe dazu benutzt, die Preise ohne Maß und Ziel hinaufzutreiben. Das Bauholz, das noch vor einigen Wochen verhältnismäßig billig war, markiert jetzt an der Spitze. (Wir veröffentlichen in der nächsten Nummer eine vergleichende Übersicht über den Preisstand der wichtigsten Baustoffe.) Die Preissteigerung ist so stark, daß die weitere Bautätigkeit ernstlich gefährdet erscheint. Da die Wirtschaftslage der Holzindustrie in hohem Maße von dem Umfang der Wohnungsbautätigkeit abhängt, hätte die „Lageszeitung des gesamten Holzgewerbes“ allen Grund, die Bestrebungen zu unterstützen, die sich gegen den Baustoffwucher allgemein und insbesondere gegen den Holzwucher wenden. Die „Holzindustrie“ bemerkt zu der sozialdemokratischen Anfrage, „fachverständig“ wie immer, aber folgendes:

Wir hoffen, daß der Minister die richtige Antwort geben wird, die nur dahin lauten kann, daß zur Stabilisierung der Preise auf dem Baumarkt vor allem Kürzung der Arbeitszeiten und Erhöhung der Löhne ausgeschlossen bleiben müssen, daß es aber im übrigen bei der freien Wirtschaft, die wir ja vorläufig Gott sei Dank noch haben, weiter kein besonderes Ereignis sei, wenn bei steigender Konjunktur auch die Preise steigen, im Gegenteil, es ist das in diesem Fall ein Zeichen der Wiederbelebung des Baumarktes und der Holzwirtschaft, was sowohl in sozialdemokratischer wie allgemeinwirtschaftlicher Hinsicht sehr zu begrüßen ist.“

Wir sind von der „Holzindustrie“ ja vieles gewohnt, aber das ist doch das stärkste Stück. Das Holzgewerbe leidet unter den unerhört hohen Holzpreisen, die kaum begonnene Wohnungsbautätigkeit droht aufs neue zum Erliegen zu kommen, wenn dem Baustoffwucher nicht Einhalt geboten wird — die „Holzindustrie“ begrüßt ihn im Interesse des Holzgewerbes und der allgemeinen Wirtschaft. — Die „Holzindustrie“ sucht einen tüchtigen Redakteur . . . „Gott sei Dank!“

## Made in Germany.

In England sind seit einigen Jahren Bestrebungen im Gange, die eine starke Drosselung der Birkenindustrie zum Ziel haben. Die Birkenfabrikanten fordern einen Einfuhrzoll von 75 Prozent des Wertes. Daß ein so hoher Zoll die Ausfuhr deutscher Birkenwaren nach England fast unmöglich macht, liegt auf der Hand. Die von dem englischen Handelsamt eingesetzte Kommission hat diese Forderung überhaupt jeden Zoll auf Birken abgelehnt. Die Behauptungen der Unternehmer, daß sie mit der ausländischen Konkurrenz nicht konkurrieren könnten, wurden von der Kommission als falsch zurückgewiesen. Wir haben die von der Kommission ausgearbeitete Denkschrift über die Lage der englischen Birkenindustrie und die ausländische Konkurrenz (Deutschland, Belgien und Japan) in Nummer 15 der „Holzarbeiter-Zeitung“ von 1926 ausführlich behandelt.

Die Birkenfabrikanten sind über die Abweisung ihrer Forderung sehr ungehalten, und sie versuchen nun, auf Umwegen zum Ziel zu kommen. In England besteht seit den siebziger Jahren ein Gesetz, das die Regierung ermächtigt, anzukündigen, daß die in England eingeführten Waren mit einer Bezeichnung des Ursprungslands versehen sein müssen. Der Zweck dieses Gesetzes ist, die Bevölkerung vom Kauf der fremden Waren abzuhalten, sie soll möglichst nur heimische Erzeugnisse kaufen. Wenn das Gesetz auf deutsche Waren angewendet wurde, müßten diese die Bezeichnung „Made in Germany“ tragen. Die Väter des Gesetzes wollten diese Bezeichnung dahin verstanden haben, daß die deutsche Ware Schund sei, was in der Regel aber nicht der Fall war. Das Publikum faßte es jedoch oft so auf, und so wurde die Herkunftsbekennung zu einer Schädigung der deutschen Industrie. Das Gesetz hat im Laufe der Jahre verschiedene Änderungen erfahren, zuletzt im Dezember 1926. Nach den heutigen Bestimmungen des Merchandise Marks Act, so heißt das Gesetz, müssen alle Waren, die einen Firmenstempel haben, z. B. Hupfeld-Piano, auch die Bezeichnung „Made in Germany“ tragen. Für Waren ohne Firmenstempel ist das nicht ohne weiteres Vorschrift, die Regierung kann auf Antrag aber beschließen, daß auch solche Waren die Bezeichnung „Made in Germany“ tragen müssen. Einen solchen Antrag haben jetzt die englischen Birkenfabrikanten gestellt. Erfüllt die Regierung diese Forderung, dann hat das zwar nicht die Wirkung wie der früher beantragte Einfuhrzoll, immerhin wird es dazu führen, daß mancher Engländer den Kauf einer deutschen Birke ablehnt, eben weil es eine deutsche ist, und ferner in der Meinung, daß es sich um Schundware handelt.

## Preissteigerungen am Korkholzmarkt.

Die Korkindustrie leidet unter den stark steigenden Preisen des Rohstoffes. Die Korkholzpreise sind seit 1926 um 80 bis 150 Prozent gestiegen. Angeblich ist die Korkholzernte sehr mager ausgefallen, auf der anderen Seite besteht eine steigende Nachfrage nach Korkholz. Die Hauptproduktionsländer für Korkholz sind Portugal, Spanien, Algerien, Frankreich, Tunis und Italien. In diesen Ländern hat die Korkholzverarbeitung in den letzten Jahren einen mächtigen Aufschwung genommen. Die Folge davon ist, daß auf dem Weltmarkt das Korkholzangebot schwächer geworden ist, was zu einer Preissteigerung führt. Der Korkwarenabfah ist allgemein gut, allerdings klagen die deutschen Unternehmer über gedrückte Preise. — Wie der Verband der deutschen Korkindustriellen, z. B. in seiner Zeitung mitteilt, hat er sich am 1. April dem Wirtschaftsverband der deutschen Holzindustrie angeschlossen.

## Neue deutsche Konzessionsanträge in Rußland.

Obwohl die angekündigte Reorganisation der russischen Konzessionspolitik noch nicht durchgeführt ist, liegen dem Hauptkonzessionskomitee der Sowjetunion allein von deutschen Firmen nicht weniger als 110 neue Konzessionsanträge vor. Einesteils handelt es sich um die Übernahme von Konzessionsbetrieben industrieller und landwirtschaftlicher Natur in Rußland, um die Ausführung von gelegentlichen Industrienaufträgen. Unter den Konzessionsanträgen sind auch mehrere für Holz und Holzwaren. — Die Wologa-Konzession ist noch nicht offiziell gelöst, die Abklärung befindet sich aber in vollem Gange. Über den Wert der Wologa-Anlagen bestehen, was verständlich ist, zwischen der Gesellschaft und der russischen Regierung große Meinungsverschiedenheiten.

# Unterhaltung und Wissen



## Romantik.

Von Georg v. d. Cabeleng.

Mein Freund Allievi erklärte mir eines Tages: „Die Romantik ist erstorben“; aber als wollte er selbst diese Bemerkung Allievi strafen, stürzte er acht Tage später aufgeregt zu mir ins Zimmer, warf sich auf einen Stuhl und sagte: „Denken Sie, meine kleine Giovannina ist tot!“

„Giovannina? Ihr Modell?“  
„Ja, die kleine Nina, das klebliche Blumenmädchen von der Piazza di Spagna, erst nur mein Modell, dann... Im Frühjahr sollte sie von den Bergen wieder herabkommen, mir von neuem sitzen, und nun schreibt mir ein Bekannter, man habe sie in ihrem Heimatdorf, drinnen in den Abruzzen, eines Abends erstochen aufgefunden, erstochen mit einem Stilet.“

„Und ihr Täter?“  
„Man kennt ihn nicht; weiß nicht, warum er das Mädchen tötete. Oh, wenn ich den rohen, herzlosen Schurken hier hätte, ich erwürgte ihn kalten Blutes!“ Und Allievi lief wie ein gereizter Tiger im Zimmer auf und ab.

So gut ich vermochte, suchte ich Allievi zu trösten. Acht Tage später reiste ich nach Deutschland zurück. Als ich das nächste Jahr wieder meinen Einzug in Rom hielt, war Allievi einer der ersten, den ich aufsuchte. Ich fand ihn mit einem neuen Bild beschäftigt, einer anderen Schönen.

„Denken Sie noch zuweilen an jene Giovannina?“ fragte ich ihn.  
„Oh gewiß, noch immer!“ gab er zurück. Leider sei der Mörder heute so wenig entdeckt wie damals.

Wir machten einmal im Sommer gemeinsam einen Ausflug nach den Abruzzen. Als wir, vor einem jähen Gewitterguss flüchtend, einen felsigen Hang hinabturnten, verlor sich Allievi den Fuß. Er fiel, verfallen stand ein einfaches Bauernhaus in der Nähe, wir beschloßen, für die Nacht dort unterzukriechen. In der armseligen Behausung trafen wir nur eine alte Bäuerin an, die wegen giftiger Schmerzen sich nicht vom Lager erheben mochte. Sie sei eine arme, verlassene Person, erzählte sie, und nur ihr Sohn sorgte für sie und das kleine Anwesen. Ihr Sohn, ein braver Bursche, er werde bald heimkommen und sich unserer annehmen. Wirklich ein braver Bursche. Er habe nur einen Fehler, daß er nicht heiraten und ihr und sich selbst endlich in einer jungen Frau eine Hilfe schaffen wolle.

Wir zogen unsere nassen Jaden aus, breiteten sie in der Ecke neben dem Herd zum Trocknen auf zwei Stühle. Bald darauf riß der junge Bauer die Tür auf, stapfte herein, die Jaden über der linken Schulter, den Hut im Genick. Gesicht, Brust, Hände hatten die Farbe dunkler Bronze, das krause, schwarze Haar hing ihm in die schweißgeseuchtete Stirn. Die hohe, lehnige Gestalt, die glühenden Augen im schmalen Antlitz, der kurze Bart, der die vollen Lippen umschattete, erinnerten an arabische Abkunft.

Er erklärte sich ohne viele Worte bereit, uns die Nacht zu beherbergen, richtete uns in einem schuppenähnlichen Nebenzimmer ein Heulager, bereitete uns eine Polenta, bot uns Wein an. Brot und Käse hatten wir noch selbst bei uns.

Allievi streckte sich bald aufs Lager, der junge Bauer verschwand in einem seitwärts stehenden Stallgebäude, ich selbst aber saß lange vor der Tür des Häuschens und sah bei beginnender Dämmerung den Sternen zu, diesem schimmernden Geschmeide auf dem Samtmantel der Nacht.

Die Nachtkühle wollte mich ins Haus zurückstheuchen, da suchte ich vor dem Fenster; ich sah etwas, das zugleich sonderbar und schrecklich erschien. Im Schein der Lampe hatte der junge Bauer am Tisch. Er starrte auf eine Photographie, die vor ihm lag, die Linke in das wirre Haar gekramt, das Gesicht zu einer wilden Maske verzerrt, aus der die Augen mit irrem Ausdruck hervorlohten. Alles um sich herum schien er vergessen zu haben, an die Möglichkeit, daß man ihn beobachten könnte, nicht zu denken, denn er zog das Messer aus der Tasche, ein langes und auffallend helles Dolchmesser, hob langsam die Faust und nagelte mit einem Stoß das Bild auf die Holzplatte.

Die Mutter machte bei dem Geräusch von ihrem Lager in der Ecke her eine erschreckende Bewegung mit der Hand. Da sprang er auf und stürzte zur Tür. Wir stießen fast aneinander.

„Was ist Ihnen?“ fragte ich.  
Er fuhr zusammen, taumelte gegen den Pfosten und leuchtete: „Nichts!“

„Doch!“ entgegnete ich, „Sie haben etwas Schweres auf dem Herzen.“

„Haben Sie dies Bild in der Tasche gehabt?“

„Welches Bild?“  
Er umklammerte meine Hand, zog mich ins Zimmer an den Tisch. Der Kerl wurde von einer Leidenschaft gleichsam in Flammen gehüllt und verzehrt.

Auf dem Tisch, mit spitzem Stilet festgenagelt, sah ich die Photographie eines Mädchens in ländlicher Tracht, eine kleine Blume im Arm, die großen Augen mit gefälliger Lächeln dem Beschauer zugewandt. Ich erkannte das Bild Giovanninas. Der Dolch hatte die Stelle des

Herzens durchbohrt. Eine Brieftasche lag daneben, es war die Allievis.

„Warum haben Sie mir dies Bild ins Haus gebracht?“ stöhnte der junge Bauer. Er warf sich, plötzlich aufschluchzend, über den Tisch, beide Fäuste um den Griff des Dolches gekramt.

„Das Bild“, log ich, „sah ich einmal auf dem Sofa eines Cafés. Aber was hat es Ihnen getan, daß Sie ihm einen Dolchstoß versetzten?“ Und ich wand dem Kerl das Messer vorsichtig aus den Fingern.

Der junge Bauer hob langsam den Kopf, und aus dem bleich gewordenen Antlitz glühten die Augen mich mißtrauisch an.

„Ich liebte sie“, raunte er, und warf einen scheuen Blick nach der Mutter.

„Und durchschlagen Sie doch mit diesem Stilet?“ flüsterte ich.

„Weil ich sie liebte.“ Seine Fäuste packten die Ecken der Tischplatte. Er bog sich mir zu. Heiß streifte mich sein

## Wie ein Baum

Ich will mich wie der reife Baum verschwenden,  
Aus tausend Adern drängen diese Lebenslust.  
Pflanzstämme in den Sturm die vielvernarbte Brust  
Und Sonne greifen mit den immer jungen Händen.

Aufgaben aus der Tiefe und mich so vollenden,  
Wie meine Wurzelsfasern fassen in den Grund  
Und Erde trinken — und wie rund  
Um mich sich Tage, Nächte und die vollen Monde wenden.

Dann in den heißen Stunden stille Schatten spenden —  
Wer viel ertrug, dem sei ein Traum bereit,  
Ein Drossel Lied der frohen Zweifamkeit —  
Mein Rauschen will ich in die trübten Herbststenden.

Was wir nicht wissen, was uns so erschreckt:  
In kalten Kammern sterben, Frost und Wintertrauer —  
Ich aber bin der Baum, zum Stammel hochgereckt.

Wenn ich schon falle, wenn aus Wetterbränden  
Ein Strahl mich trifft, was ist dabei —  
Will noch im fallen meine Lebenslust verschwenden:  
Ein Samentorn, ein neuer Baum zum Mal! Otto Giese.

Atem wie der eines Rauterers, und wie diesem erschien ihm sein Tun ganz von der Notwendigkeit erzwungen. Er verschmähte, zu leugnen.

„Sie hatte sich mir verlobt, mir, ehe sie nach Rom ging, Geld zu verdienen. Aber sie blieb mir nicht treu. Ich hörte es, hörte es immer wieder. Sie hatte vor mir schon einen anderen betrogen, sie hätte auch Sie betrogen, mein Herr. Es war ihr Verhängnis, sie mußte die Männer an sich loden, sich ihnen in die Arme werfen, wie die Flamme nach dem Holze zuckt. Weil ich sie aber liebte, weil ich die Qual ewigen Zweifels nicht ertragen konnte, darum geschah es, darum. Jetzt müssen wir zusammenhalten, sie, die Lote, und ich. Jetzt nimmt sie mir niemand, der Reichste nicht. Auch ich werde nie eine andere nehmen. Warum geben Sie mir meinen Dolch nicht zurück?“ zischte er plötzlich, und seine Stirn ringelte sich drohend.

Ich trug Sorge, das gefährliche Messer von ihm entfernt zu halten. „Morgen, wenn wir an die Brücke kommen, lege ich es auf das Steingeländer dort und gebe Ihnen damit Ihr Geheimnis zurück. Niemand wird's erfahren.“

Ich steckte Tasche und Bild zu mir und verließ das Zimmer, zu Allievi zu gehen. Der junge Mensch blieb am Tisch sitzen, den Kopf in die Fäuste gestützt und vor sich hinbrütend, während die Alte im Hintergrund ängstlich fragte, was wir denn miteinander hätten.

Am andern Morgen brachen wir zeitig auf. Der Bursche war nicht zu sehen. Wir hinterließen der Alten Geld, als Dank für die Bewirtung. Eine halbe Wegstunde unterhalb des Häuschens erreichten wir die Brücke, ich legte den Dolch auf die Steinbrüstung. Mein Freund sah mich erstaunt an. Da erzählte ich ihm. Ich hatte ihm das Bild am Abend unbemerkt mit der Brieftasche wieder in den Rock gesteckt.

Nachdenklich ging Allievi neben mir her, dem Tal zu. Die Zikaden schrillten im dürren Gras.

„Da haben wir also im Hause eines Mörders geschlafen,“ sagte er endlich, „und ich habe, weiß Gott, keine schlechte Nacht gehabt. Wie schaurig der Zufall spielt. Aber vielleicht ist das alles nicht Zufall, sondern Notwendigkeit. Nun, wenn der arme Teufel das Messer hier finden wird, wird er wissen, daß man in Italien das Drama der Liebe versteht — und verzeiht. Schließlich, der Kerl, voriges Jahr hätte ich ihn umbringen können, und heute? — Er hat die Kleine ja doch mehr geliebt als ich.“

Mit einmal, unsern des Ufers, hörten wir das Geräusch fallender Steine und lehten uns um. Vor uns erschien der junge Bauer, heimlich war es uns gefolgt und, uns ab-

zufangen, einen Steilhang hinabgelaufen. Unwillkürlich traten wir vor dem Kerl zurück, der da mit wirrem Haar hinter einem Dornbusch vorprang und, zwei Schritte vor uns sah auftauchend, in seine Brieftasche griff.

Wir faßten unsere schweren Stöcke fester. Er bemerkte unser Mißtrauen. Ein schmerzliches Lächeln auf den Lippen, zog er das Geld aus der Tasche, das wir seiner Mutter gegeben, hielt es uns mit der Linken hin und warf mit der Rechten das Messer hinter sich.

„Behalten Sie Ihr Geld“, flehte er mich an, „und lassen Sie mir das Bild, das Sie gefunden haben.“

Mein Freund zögerte einen Augenblick, dann entnahm er die Photographie seiner Tasche und reichte sie dem Burschen.

„Hier, nehmen Sie.“  
Der Bursche riß das Bild Allievi aus der Hand, kniete hin und bedeckte es mit Küssen.

Wir entfernten uns, und bald umging uns die tiefumschattete Gasse des Dorfes.

„Gott, da haben Sie's,“ erklärte ich Allievi, „ein Mann geht immer an dem Weibe zugrunde, das er zu stark liebt.“ Ich klopfte ihm auf die Schulter: „Und Sie meinten, die Romantik sei erstorben.“

## Wieviel Menschen gibt es?

Während man früher über die Zahl der Bewohner der Erde auf recht unsichere Schätzungen angewiesen war, ist es jetzt möglich, genauere Zahlen anzugeben und annähernd zu bestimmen, wie sich die Bevölkerung der Erde auf die einzelnen Rassen und Völker verteilt. In einer Gesamtüberblick über die Bevölkerung der Erde, die von Alois Müller in der „Zeitschrift für Geopolitik“ nach den neuesten Zählungsergebnissen gegeben wird, unterscheidet der Gelehrte 18 Völkerguppen, die er nach der Zahl ihrer Mitglieder ordnet.

Am erster Stelle steht die europäisch-amerikanische Völkergruppe mit 658 Millionen Menschen, dann folgt die ostasiatische mit 576 Millionen, die indische mit 317 Millionen; daran schließen sich die Neger mit 107 Millionen, die Orientalen mit 100 Millionen und die Malaien mit 67 Millionen. Die Angehörigen der 12 übrigen Völkergruppen sind sehr viel weniger zahlreich; so haben die Indianer 14 Millionen, die Juden 13,2 Millionen, die Tugusen 12 Millionen, die Mongolen 3,5 Millionen, die Armenier 2,9 Millionen.

An der Spitze der europäisch-amerikanischen Völkergruppe, die wieder in 12 Untergruppen zerfällt, stehen zahlenmäßig die Germanen mit 250 Millionen; dann folgen die Romanen mit 207 Millionen und die Slawen mit 165 Millionen. Zu den kleineren Untergruppen gehören die Iren mit 12 Millionen, die Magyaren mit 10 Millionen, die Georgier mit 6,9 Millionen und die Esto-Finnen mit 4,7 Millionen. Der verbreitetste Stamm der Germanen sind die Angelsachsen mit 133 Millionen; dann kommen die Deutschen mit 69 Millionen, von denen 60,2 Millionen im Deutschen Reich, 8 Millionen in den Vereinigten Staaten, 6,1 Millionen in Österreich, 3,1 Millionen in der Tschechoslowakei, 1 Million in Polen wohnen. Den dritten Platz in der europäisch-amerikanischen Völkergruppe nehmen die Spanier ein, von denen 22 Millionen Spanien und 43 Millionen Südamerika bevölkern. Es folgen die Italiener mit 46 Millionen und die Franzosen mit 44 Millionen; von den letzteren leben 35,2 Millionen in Frankreich und 3,25 in Belgien.

Unter den Ostasiaten sind die Chinesen mit 430 Millionen die weitaus zahlreichsten; die Japaner und Koreaner sind nur mit 80 Millionen beteiligt. 3 Millionen Juden wohnen in Polen, 2,8 Millionen in Sowjet-Rußland, 2 Millionen in den Vereinigten Staaten, 820 000 in Rumänien und 600 000 in Deutschland; in Palästina wohnen nur 120 000 Juden.

Die Vermehrung der Erdbevölkerung hat im letzten 1 1/4 Jahrhundert riesige Fortschritte gemacht. Während man 1800 775 Millionen als Bewohner der gesamten Erde schätzte, waren es 1900 1564 und 1925 1864 Millionen. Merkwürdigerweise haben sich unter allen Völkern die Malaien am meisten vermehrt. Ihre Zahl stieg in der angegebenen Epoche von 11 über 42 auf 67 Millionen. Ihre Zahl hat sich also mehr als sechsfacht und ihr prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung verdreifacht. Die Völkergruppe, die sich danach am meisten vermehrt hat, die europäisch-amerikanische, ist auf das Dreieinhalbfache angewachsen, nämlich von 185 auf 655 Millionen; ihr prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung hat sich von 23,9 auf 35,3 Prozent erhöht. Dabei ist der Anteil der eigentlichen Europäer, der 1800 noch neun Zehntel betrug, bis 1900 auf drei Viertel und bis 1925 auf zwei Drittel zurückgegangen. Während die eigentlichen Europäer sich in diesem Zeitabschnitt nicht ganz vervierfachten, haben sich die außereuropäischen Mitglieder dieser Völkergruppe verzehnfacht. Der prozentuale Anteil der übrigen Völkergruppen an der Gesamtbevölkerung ist trotz starker absoluter Vermehrung zurückgegangen, so z. B. der der Chinesen, die von 245 auf 430 Millionen anstiegen, von 31,5 auf 23,2 Prozent.

# Gewerkschaftsbewegung

## Kommunistische Gewerkschaftsarbeit.

In der „Roten Fahne“ wird die Herausgabe einer kommunistischen, oder wie es dort heißt, einer „revolutionären Gewerkschaftszeitung“ angezeigt. In der Ankündigung heißt es: „In den Reihen der revolutionären Opposition in den freien Gewerkschaften ist ein starkes Bedürfnis nach einer Zeitung vorhanden, welche die gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen vom Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes behandelt.“ Dieses Bedürfnis soll jetzt befriedigt werden durch die Herausgabe einer Wochenschrift, die „das Organ zur Verbreitung der losung und Auffassung der revolutionären Gewerkschaftsopposition unter den breiten Massen der Arbeiter und Angestellten in den Gewerkschaften und Betrieben“ sein soll.

Die Kommunistische Partei, die selbstverständlich hinter der sogenannten „revolutionären Gewerkschaftsopposition“ und dieser Zeitungsgründung steht, verrät mit dieser Ankündigung ein großes Vertrauen zu der Gutmütigkeit und Duldsamkeit der Gewerkschaften gegenüber der kommunistischen Zerstörungsarbeit. Dieses Vertrauen ist um so bemerkenswerter, als die Kommunistische Partei in ihren eigenen Reihen keine Diskussion, geschweige denn eine Opposition duldet. Als im Herbst vorigen Jahres einige hervorragende Führer der Kommunistischen Internationale eine Diskussion über Parteifragen hervorgerufen wollten, da wandte sich die „Pravda“, das russische Zentralorgan der Kommunisten, mit Entrüstung gegen die Anmaßung der Opposition, als Fraktion anerkannt zu werden. „Eine Diskussion unter solchen Bedingungen wäre eine Legalisierung der fraktionellen Gruppierungen und wäre die Bildung von Fraktionen innerhalb der Partei“, heißt es in der „Pravda“. Die Berliner „Rote Fahne“ hat den Ulas der obersten kommunistischen Behörde sofort den deutschen Parteianghörigen zur Kenntnis gebracht. In ihrer Nummer vom 10. Oktober 1926 ist der Erlaß veröffentlicht. In der wiedergegebenen Stelle ist fortzufahren: „Die Opposition stellt jetzt die Forderung nach Diskussion als ihre dringende taktische Forderung. Die Partei muß diese Forderung ablehnen. Sie lehnt sie entschieden ab.“

Wir haben seinerzeit einen Auszug aus dem Artikel veröffentlicht. Es erscheint aber zweckmäßig, den Gegenstand erneut in Erinnerung zu rufen. In der Rundgebung werden nicht weniger als fünf Gründe gegen die Zulassung einer Diskussion geltend gemacht. Die Partei ist gegen die Diskussion „erstens“ deshalb, weil die Zulassung der Diskussion über die Grundfragen der Politik, die bereits vom 14. Parteitag entschieden sind, eine Legalisierung von Fraktionen bedeuten würde. Die Partei ist gegen Fraktionen, die Partei ist für die Einheit, die Partei kann eine Sprengung der Einheit nicht zulassen.“

„Zweitens“ deshalb, weil der Wille der Partei in allen Grundfragen des Parteilebens und der Politik auf den normalen, im Parteirat anerkannten Wegen zum Aus-

druck gelangt ist und weder einer Revision noch einer Überprüfung durch Fraktionale in der Diskussion bedarf... Die Opposition erstrebt nicht den Willensausdruck der Partei, sondern macht grobe Versuche, den Willen der Partei zu verlegen.“

„Drittens“ ist die Diskussion auch deshalb unzulässig, weil die jetzige Opposition von neuem im Kern die gleichen Fragen aufwirft, die sie in den Diskussionen der Jahre 1921 und 1923 aufgeworfen hatte... Die Opposition, die zwei- oder dreimal eine Niederlage erlitten hat, sucht ihr Gesicht zusammen, festigt sich jetzt neuerdings durch die angeschlossenen Organisationsgruppen, „renoviert“ etwas von den Plattformen und verlangt eine neue Diskussion. Die Partei kann natürlich der Opposition nicht die „Verteidigung“ gewähren, eine Diskussion zu führen.“

„Viertens“ hat die Partei nach dem 10. Parteitag festgestellt, daß die Diskussion zu teuer gekommen war. Eine Desorganisation der Partei würde jetzt bei den noch nicht überwundenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine ungeheure Ausgabe, eine Desorganisation des Sowjetstaatsapparates bedeuten, eine durch nichts zu rechtfertigende Kräfte- und Zeitverschwendung.“

„Fünftens“ ist eine Diskussion auch deshalb unzulässig, weil sie die Grundlagen der Diktatur des Proletariats erschüttert, die Einheit der Partei und ihre herrschende Stellung im Lande bedroht... Durch die Rügen der Diskussion können bei uns die Keime der politischen Demokratie eindringen.“

Der Aufsatz schließt mit folgenden Worten: „Die Partei wird jenen, die sie zu einer Diskussion provozieren, kräftigen bolschewistischen Widerstand leisten. Die Partei will arbeiten, will sachliche Arbeit und nicht „noch und noch“ Geschwätz über unterschiedene Fragen, die Partei will nicht diskutieren.“

Was würden wohl die Kommunisten für ein Geschrei erheben, wenn die sogenannte revolutionäre Opposition, welche die Kommunistische Partei in den Gewerkschaften organisiert, nach den gleichen Grundsätzen behandelt würde? Was die Kommunistische Partei als selbstverständliches Recht für sich in Anspruch nimmt, das verurteilt sie mit tiefster Entrüstung, wenn es von der anderen Seite geschieht. Das ist kommunistische Logik, die zu verstehen der gesunde Menschenverstand nicht ausreicht.

## Gewerbehygiene und Gesundheitswesen.

Beim Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist seit einiger Zeit eine Abteilung für Gewerbehygiene und Gesundheitswesen eingerichtet. Im Rahmen eines Auftrages über die Berufskrankheiten und ihre Bekämpfung durch die Gewerkschaften, der in der Zeitschrift „Die Arbeit“ veröffentlicht wird, behandelt der Leiter dieser Abteilung, Dr. Meyer-Brodniß, nicht nur dieses wichtige Thema, er umschreibt zugleich das Tätigkeitsgebiet der ihm unterstehenden Abteilung im Bundesvorstand. Aus dem reichen Inhalt des Mahfestes der „Arbeit“ sei noch erwähnt ein sehr instruktiver Aufsatz über die fachistische Arbeitsverfassung. Aktuelle Bedeutung hat die Abhandlung von Franz Spließ über „Planlose Arbeitsvermittlung oder Arbeitsmarktpolitik“. Die Forderungen an die Arbeitslosenversicherung werden von Dr. Bruno Broecker besprochen. Außerdem enthält das Heft noch eine Reihe weiterer Aufsätze und die Rundschau der Arbeit.

Die vom Bundesvorstand herausgegebene Zeitschrift „Die Arbeit“ verfolgt den Zweck, die Erkenntnisse des vielseitigen Arbeitsgebietes der Gewerkschaften zu vertiefen. Besonders die Funktionäre der Gewerkschaften sollen „Die Arbeit“ aufmerksam studieren, aber alle Gewerkschaftsmitglieder werden ihre Veröffentlichungen mit Nutzen lesen. „Die Arbeit“ kostet durch die Organisation bezogen, vierteljährlich 2,40 Mk., Einzelheft 80 Pf.

## Bücher und Zeitschriften

Alle nachstehend angelegten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO 16, Am Kölnischen Park 2, bezogen werden.

Die Entwicklung der Reallohne in der Nachkriegszeit, dargestellt an typischen Thüringer Industrien. Von Dr. Max Garete Soednick. 84 Seiten. Verlag von Gustav Fischer, Jena. Preis 4 Mk. — Die Verfasserin behandelt die Lohnentwicklung in der Thüringer Metall-, Textil- und feiner keramischen Industrie. Da die Unterlagen von den Gewerkschaften und den Unternehmensverwaltungen stammen, ist anzunehmen, daß es mit dem Zahlenmaterial seine Richtigkeit hat. Das Buch führt uns zurück in das Glend der Inflationszeit mit Reallohnen von 4,05 Mk. pro Woche für hochqualifizierte Facharbeiter. Aus anderen Berechnungen weiß man, daß in anderen Gegenden und Industrien das Lohnelend noch größer war. Nach der Marktstabilisierung sind die Löhne gestiegen, der Nachkriegsreallohn ist aber noch nicht überall erreicht, besonders, schreibt die Verfasserin, die hochqualifizierten Arbeiter der höchsten Lohnsätze von 1914 bleiben recht erheblich hinter ihren Friedensreallohn zurück. Was die Verfasserin über die Ursachen dieser wirtschaftlich sehr bedenklichen Tatsache zu sagen hat, ist ein Nachbeten der bekannten Unternehmerräuber. Die Ursache ist die von den Gewerkschaften betriebene „Revolutionierung der Löhne“. Wo haben die Gewerkschaften gefordert, daß die Facharbeiter nicht mehr verdienen dürfen als die Hilfsarbeiter? Die Tarifverträge sehen Mindest- und Durchschnittslöhne fest, und zwar unter Berücksichtigung des Bedarfs und der Leistung. Arbeiter, die mehr leisten als der Durchschnittsarbeiter, sollen einen höheren Lohn haben; die Tarifverträge stehen der wirtschaftlich richtigen Lohnbewertung des Fach- und Qualitätsarbeiters also in keiner Weise im Wege. Die Unternehmer zahlen aber vielfach keinen höheren Lohn, sie und nur sie betreiben die von der Verfasserin beklagte „Revolutionierung der Löhne“. Auch was die Verfasserin über die „Monopolwirkungen der monopolistischen Vereinigungen der Gewerkschaften“ schreibt, ist eine sehr zweifelhafte Wissenschaft. Wegen seines Zahlenmaterials verdient das Buch trotz alledem Beachtung.

Zur Soziologie der Klassenjustiz. Von Dr. E. Fränkel (Dürenberg). „Jungsozialistische Schriftenreihe.“ E. Laubsch Verlagshandlung G. m. b. H., Berlin W. 30. Preis 85 Pf. — Der Verfasser behandelt ein sehr aktuelles Thema, die Klassenjustiz, aber nicht agitatorisch, sondern vom Standpunkt der Soziologie.

Der Rebell und die Demokratie. Von Valeriu Marcu. 60 Seiten. E. Laubsch Verlagshandlung G. m. b. H., Berlin W. 30. Preis 1 Mk. — Der Verfasser beschäftigt sich mit der Krise des Sozialismus. Manches, was er zu sagen hat, ist sehr gut, manches andere beweist, daß Marcu zu jenen Gelehrten gehört, die der Ansicht sind, die Entwicklung müsse sich nach der einmal aufgestellten Theorie richten. Das ist manchmal leider und manchmal glücklicherweise nicht der Fall.

**Geprüft. Tischlermeister**, tüchtiger Kalkulator und Zeichner, sucht Stellung als Werkmeister. Eintritt zum 1. Juli 1927 erwünscht. Offiz. zu richten an die Verwaltungsverhältnisse der Stadt-Ordnungs-Bezirksamt Holz-Verbandes, Orlagasse 26.

**Meister** für ein Etagenwerk u. Kistenfabrik im Park gesucht. Selbiger muß mit Holzgewerbe näher umgehen können und vor allen Dingen im Fach groß geworden sein, damit er jederzeit in der Lage ist, lauberen Einheiten abzuproduzieren. Offerten mit Angabe des Alters, ob ledig oder verheiratet, Gehaltsansprüche sind zu richten unter „124“ an die Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung“.

**Poliermeister** in Stühle, mit dem neuesten Polier- und Lederwerkzeugen versehen, wird sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften u. Gehaltsansprüchen unter „129“ an die Expedition der Holzarbeiter-Ztg.

Für unsere Meister- u. Lehrlingsarbeit wird ein tüchtiger, energiegel. Tischler als **Maschinenmeister** gesucht. Selbiger muß kleinere Reparaturen an Maschinen selbstständig ausführen können. Angeb. an E. Laubsch Verlagshandlung, Berlin W. 30.

**Vorarbeiter** für Beschäftigungsmaschinen sucht Otto Köhler, Parkstr. 2, Holz-Verbandes.

**Leim- u. Furnierofen** fertig als Spezialität. Preis, gratis. Gehr. Bellingner, Fröbenj. 11

**Verbandsmitglieder!** Schließen Sie sich den Versicherungen ab bei der **Volksfürsorge**

Hamburg 5.

**Hobelbänke** la Qualität, Bill. beste ged. Roth. Eisensp., samtl. Größ. 2 m lg., 75 Mk. Karl Ramisch, Pirna, Gartenstr. 4.

**Die Meisterprüfung im Tischlergewerbe** Ein Hand- und Lehrbuch in Frage u. Antwort zum Gebrauch an Fachschulen und zum Selbstunterricht für Bau-, Kunst- und Möbelmacher. Eine erschöpfende Abhandlung aller bei der Meisterprüfung in Frage kommenden Gebiete mit besonderer Berücksichtigung der Kalkulation von E. Reinerting, Fachschullehrer u. Tischlermeister in Blankenburg a. S. Preis geheftet 5 Mk., in Ganzl. geh. 7 Mk. Verlag: **Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köln. Park 2**

**KOLLEGEN!** Bei allen Einkäufen von Literatur jeglicher Art, ganz besonders aber dann, wenn es sich um gute **Fachliteratur für das Holzgewerbe** handelt, oder bei Bedarf von Bleistiften, Maßstäben, Reißzeugen usw., wendet euch stets an die Ortsverwaltung-Kollegen, die vorwärtsstreben und sich in ihrem Beruf vervollkommen wollen, abonnieren das **Fachblatt für Holzarbeiter**

Es ist die beste Fachzeitschrift des Holzgewerbes und kostet für Verbandsmitglieder vierteljährlich 1,50 Mk. **Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köln. Park 2.**

**Stuhlflechtröhrl!** Beste, ergiebigste Qualität! Halbgl. rotband Nr. 2a 3a 4a pro Pfund Mk. 4,20 4.— 3,80 Bei 9 Pfund 10 Prozent Rabatt! **Walther, Dresden-N., Rehefelderstr. 53.**

**Fugen-Leim-Apparat** 12 Stück Nocken, 12 Nocken mit Spindeln, 2 Schlüssel, Reklamepreis 15 Mk. frei jeder Station. **Walther, Dresden 22, Rehefelderstr. 53**

**Tischlerschule** Blankenburg am Harz Ausbildung als Meister, Techniker u. Innenarchitekt. Programm geg. Rückp.

**Engl. Bildhauer-Werkzeuge** Verlangen Sie sofort neue Preise. Tischler-Werkzeug-Neuheiten. **Otto Borgmann, Berlin-Lichterfelde-West.**

**Hobelbänke**, la Qualität, süddeutsche Ausführung, Blatt u. Gestell ged. trock. Buchenholz, 200 cm Blattlänge, mit Stahlspindeln, zum Reklamepreis von 95 Mk. mit Verpackung frei jeder Station. Abbildungen gratis. Werkzeugprospekte gegen 20 Pf. Briefmarken. **Max Walther, Dresden 22, Rehefelder Strasse 53.**

**Das wertvollste Buch für das Tischlerhandwerk ist das Werk von U. Blund Das Gestalten der Tischlerarbeiten**

**OHV VERLAG** Die Preise sind: Teil 1: 7 Mk., Teil 2: 12 Mk., Teil 3: 16 Mk. Alle drei Teile auf einmal bezogen 32 Mk. **Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, GmbH., Berlin SO 16**

**Der beste Putzhobel** mit stets kleinem Maul u. nachstellbarem Keil. Gedruckt fertig unter Garantie. Ohne Nacharbeit... 7,30 Mk. franco. Mit echter Hochholzsohle 10,50 Mk. Nachh. **M. Messinger, Werkzeugfabrik, Nürnberg.**

**U. Blund Das Gestalten der Tischlerarbeiten** aus dem die besten Köpfe des Tischlerberufs und der Fachschriftsteller ihre Kenntnisse sammelten

**Teil 1: Das Fachzeichnen** Das Entwerfen. Die Wertzeichnung. Das Aufmessen. Mit 144 Abb.

**Teil 2: Die Konstruktion und die praktische Form** Das Material. Die Holzverbindungen. Das Furnieren. Das Polieren. Fußböden. Türen u. Tore. Fenster. Für u. Fensterläden. Treppen. Wand- u. Deckenbekleidungen. Stühle. Tisch. Betten. Bettgestelle. Gastenmöbel, Schränke. Spiegel. Mit 917 Abbildg.

**Teil 3: Die Kunstform, allgemeine Richtlinien für das Gestalten der Tischlerarbeiten** Die Form (Vertiefungen, Beleuchtungseffekte, Farbe, Kontraste). Unterformen. Die Formensprache. Die Grundlagen des Ornamentes (Motive). Das Ornament als solches. Mit 307 Abb. u. 105 Tafeln.